

ZUR AUFNAHME DER FLÜCHTLINGE AUS DER
ČSR IN DER US-ZONE DEUTSCHLANDS
NACH DER KOMMUNISTISCHEN MACHTERGREIFUNG
VOM FEBRUAR 1948

Von Roland J. Hoffmann

Die westlichen Alliierten und die ČSR bei Ausbruch des Kalten Krieges: Von der Strategie der Kooperation zur Politik der Konfrontation und Unterstützung der antikommunistischen Emigration

Es ist hier nicht der Ort, die Politik der USA gegenüber der Tschechoslowakei zu Beginn des Kalten Krieges und besonders im Hinblick auf die kommunistische Machtergreifung vom Februar 1948 nachzuzeichnen. In wenigen Strichen soll jedoch skizziert werden, warum und in welcher Weise Flucht bzw. Fluchthilfe sowie Emigration und Exil nach dem Februarumsturz zu einem zentralen Thema der USA in ihren Beziehungen zur Tschechoslowakei wurden.

Angesichts des quasi legalen Ablaufs der kommunistischen Machtübernahme und des Ausbleibens eines entschlossenen und erfolgversprechenden Widerstandes sahen sich die Westmächte in doppelter Hinsicht mit einem *Fait accompli* konfrontiert. Sie hatten nicht nur die „unblutige Revolution“ des unter Einsatz totalitärer Mittel vollzogenen Staatsstreichs des kommunistischen Ministerpräsidenten Klement Gottwald und seiner Partei als der stärksten politischen Kraft des Landes in ihr Kalkül miteinzubeziehen. Ein unmittelbares Eingreifen und eine direkte Unterstützung der den westlichen Alliierten seit dem Ersten Weltkrieg traditionell verbundenen politischen Kräfte um Präsident Beneš erschien auch deshalb nicht angemessen, da dieser sich unter dem Druck der inneren und äußeren Verhältnisse bereit fand, die neue Regierung Gottwald in ihr Amt einzusetzen. Schon in Anbetracht der vom Präsidenten – aus welchen Gründen auch immer – sanktionierten Machtübernahme durch Klement Gottwald und die KPTsch blieb den USA und ihren westlichen Alliierten keine andere Wahl, als das neue Regime im Rahmen des Völkerrechts und der Gepflogenheiten der internationalen Politik anzuerkennen¹.

¹ Zur Politik der Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüber der Tschechoslowakei und zur unmittelbaren Reaktion der westlichen Alliierten wie der USA auf den Coup d'État der KPTsch vgl. Ducháček, Ivo: Czechoslovakia. In: The Fate of East Central Europe. Hopes and Failures of American Foreign Policy. Hrsg. v. Stephen D. Kertesz. Notre Dame/Indiana 1956, 179–218 und 197–206, sowie Kolko, Joyce und Gabriel: The Limits of Power. The World and United States Foreign Policy, 1945–1954. New York u. a. 1972, 384–402 und Ullmann, Walter: The United States in Prague, 1945–1948. New York 1978, 153–157; dazu außerdem ders.: The United States and Czechoslovakia 1945–1948. In: Schicksalsjahre der Tschechoslowakei 1945–1948. Hrsg. v. Nikolaus Lobkowicz und Friedrich Prinz. München-Wien 1981, 21–31, sowie Hanak, Harry: The Attitude of the Western Powers towards Czechoslovakia 1945–1948. Ebenda 9–19.

Die Taktik und Strategie der Machteindämmung und Machtbalance, wie sie von den Tschechoslowakischen nationalen Sozialisten, der Tschechoslowakischen Volkspartei und der slowakischen Demokratischen Partei gegenüber der KPTsch verfolgt worden war, erwies sich als ein Fehlschlag, der in einem ganz unmittelbaren Sinne auch die Politik der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten gegenüber der UdSSR und dem kommunistischen Herrschafts- und Gesellschaftsbereich betraf. Der Zusammenbruch der in jeder Hinsicht extrem heterogenen, im totalen Krieg gegen das nationalsozialistische Deutschland geschmiedeten Allianz der westlichen Alliierten mit der Sowjetunion manifestierte sich wohl nirgends symptomatischer als im Kollaps der nach dem Zweiten Weltkrieg wiedererrichteten Tschechoslowakei: d. h. im Kollaps der von Beneš im Bündnis mit der KPTsch geschaffenen „volksdemokratischen“ ČSR, die außen- und sicherheitspolitisch auf das Fortbestehen eben dieser höchst labilen Kriegscoalition ausgerichtet war und die innen- und gesellschaftspolitisch auf dem Machtkartell der Nationalen Front beruhte.

Edvard Beneš hatte sich in seinem zweiten Exil in London bekanntlich als ebenso beredter wie kurzsichtiger Fürsprecher einer engen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion hervorgetan und war engagiert dafür eingetreten, die Kriegsallianz auch für die Nachkriegs- und Friedenszeit nicht nur in außen-, sondern auch in innen- und gesellschaftspolitischer Hinsicht zu einer tragfähigen Konstruktion auszubauen². Im eigenen Lande von Gottwald und der KPTsch in den entscheidenden Februartagen komplett ausgeschaltet, mußte er nun ohnmächtig miterleben, wie die ČSR nach ihrer weitgehenden Selbstauslieferung der Pax Sovietica völlig anheimfiel. Der französische Außenminister Bidault und der britische Deputy Prime Minister Morrison sprachen zwar von einem „zweiten München“³, doch setzten sich die westlichen Alliierten wie schon zehn Jahre zuvor in der Sudetenkrise gegen den Gang der Ereignisse nicht ernsthaft zur Wehr⁴. Die vom französischen Außenminister angeregte und am 26. Februar, also einen Tag nach Benešs Legalisierung der neuen Regierung Gottwald, zustande gekommene Dreimächte-Erklärung der USA, Großbritanniens und Frankreichs brachte dies nur zu deutlich zum Ausdruck. Auch wenn in ihr das undemokratische und unparlamentarische Vorgehen der KPTsch auf das schärfste verurteilt und die neue

² Zur Politik Benešs gegenüber der Sowjetunion bis zum Abschluß des tschechoslowakisch-sowjetischen Vertrages vom Dezember 1943 vgl. Brandes, Detlef: Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939–1943. Die Regierung Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil vom Kriegsausbruch bis zur Konferenz von Teheran. München 1988, 464–477 und 502–511 sowie Ullmann, Walter: Beneš between East and West. In: Czechoslovakia, 1918–88. Seventy Years of Independence. Hrsg. v. H. Gordon Skilling. New York 1991, 55–61.

³ Vgl. die Äußerungen Bidaults vor der Anglo-American-Press-Association in Paris vom 25. 2. und vor der französischen Nationalversammlung am 27. 2. 1948, hier nach The Times v. 26. 2. 1948: Dangers of Events in Prague – M. Bidault on Western Concern, 26. 2. 1948 und ebenda: M. Bidault's »Cry of Alarm« – Parallel with Munich, 28. 2. 1948.

⁴ Vgl. das Telegramm von Secretary of State, George C. Marshall, an die US-Botschafter in Paris und London vom 24. 2. 1948 sowie die in den amerikanischen diplomatischen Akten verzeichnete Reaktion seines britischen Kollegen Ernest Bevin und des französischen Außenministers Bidault, in: Foreign Relations of the United States 1948 (FRUS 1948), Bd. 4: Eastern Europe; The Soviet Union. Washington 1974, 735–738.

Regierung als „eine disguised dictatorship of a single party under the cloak of a government of national union“ gebrandmarkt wurde, so stellte die Deklaration letztlich nur einen symbolischen Akt des Protestes und ein Dokument der Rat- und Hilflosigkeit dar⁵.

Rief Präsident Beneš mit seinem zwielichtigen Taktieren in den Entscheidungszentren des Westens eher Irritation hervor, so löste der in der Nacht vom 9. auf den 10. März – nur wenige Stunden vor dem ersten Zusammentritt des tschechoslowakischen Parlaments nach dem Machtwechsel – erfolgte Fenstersturz Jan Masaryks in der westlichen Öffentlichkeit eine Welle des Mitgefühls sowie überaus kritische Reaktionen gegenüber dem neuen Regime Gottwald aus. Unmittelbar unter dem Eindruck des mysteriösen Todes von Jan Masaryk unternahm Jan Papánek, der ständige Vertreter der Tschechoslowakei bei den Vereinten Nationen, den Versuch, die kommunistischen Infiltrations- und Umsturzpraktiken vor diesem Forum und damit vor der Weltöffentlichkeit bloßzustellen und eine unmittelbare Einflußnahme der Sowjetunion auf den Staatsstreich in der ČSR nachzuweisen. Die vor allem mit der Unterstützung der USA durchgeführte „Aktion Papánek“ stellte auf diplomatischer Ebene allerdings die einzige ernsthafte Initiative dar, mit der die westlichen Alliierten auf Stalins und Gottwalds Usurpation der Macht im „siegreichen Februar“ reagierten⁶.

Wie schon im Falle der völligen Zerschlagung der Tschechoslowakei durch Hitler-Deutschland im März 1939 war mit der durch den Februarumsturz vollzogenen Einverleibung des Landes in den kommunistischen und sowjetrussischen Herrschaftsbereich für die Westmächte jedoch der „point of no return“ erreicht. Nach der vorangegangenen Eingrenzung Polens und Ungarns in die sowjetrussische und kommunistische Machtsphäre schien mit der rabiaten Installation der stalinistischen Herrschaft in der Tschechoslowakei die Kooperationsbereitschaft bzw. Kooperationsfähigkeit der Sowjetunion sowie deren Loyalität gegenüber dem gemeinsamen, aus dem Zweiten

⁵ Der Text der Dreimächte-Erklärung lautete: „The Governments of the United States, France und Great Britain have attentively followed the course of the events which have just taken place in Czechoslovakia and which place in jeopardy the very existence of the principles of liberty to which all democratic nations are attached. They note that by means of a crisis artificially and deliberately instigated the use of certain methods already tested in other places has permitted the suspension of the free exercise of parliamentary institutions and the establishment of a disguised dictatorship of a single party under the cloak of a government of national union. They can but condemn a development the consequences of which can only be disastrous for the Czechoslovak people, who had proved once more in the midst of the sufferings of the second World War their attachment to the cause of liberty.“ Hier zit. nach *The New York Times* v. 27. 2. 1948. Die Publikation der gemeinsamen Deklaration der westlichen Alliierten in der Tschechoslowakei wurde durch die Presseabteilung des tschechoslowakischen Informationsministeriums verboten. Vgl. Josten, Josef: *Oh my Country*. London 1949, 149; Ullmann: *The United States* 155 ff. und Bullock, Alan: *Ernest Bevin. Foreign Secretary 1945–1951*. London 1983, 525 ff.

⁶ Zu der am 10. März 1948 eingeleiteten Aktion Jan Papáneks vgl. dessen Darstellung: *Desat' rokov. Československá otázka v Spojených národov* [Zehn Jahre. Die tschechoslowakische Frage bei den Vereinten Nationen]. Chicago 1958 und Josten: *Oh my country* 178–201; die von Chile eingebrachte Resolution, ein Subkomitee einzurichten, um die kommunistische Machtergreifung aufgrund von Zeugenaussagen zu untersuchen, wurde von der UdSSR im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit einem Veto blockiert.

Weltkrieg erwachsenen Bündnis endgültig in Frage gestellt. Welche Erwartungen und Zielsetzungen auch immer mit der in den Jahren von 1943 bis 1945 geschaffenen Konstruktion der Tschechoslowakei verbunden gewesen sein mögen, so widerlegte die im Februar 1948 von der KPTsch mit dem Instrumentarium totalitärer Politik erzwungene Machthaneignung nicht nur spektakulär die Möglichkeit der Konvergenz der grundlegend verschiedenen Systeme von West und Ost. Die USA hatten ihrerseits zuvor schon mit der Truman-Doktrin und der Verkündung des Marshall-Planes sowie mit ihrer damit verbundenen aktiven und integrativen Europa- und Deutschlandpolitik ihrerseits entschiedene Zeichen der Konsolidierung und Sicherung des eigenen Einfluß- und Machtbereiches gesetzt⁷. Der „Coup d'État“ – wie die kommunistische Machtergreifung in der ČSR aus westlicher Sicht sogleich qualifiziert wurde⁸ – und die nur wenige Monate später folgende Blockade Berlins wurden vor diesem Hintergrund zum Fanal des Kalten Krieges in einer mit rasanter Geschwindigkeit bipolar sich formierenden Welt.

Am 20. Februar 1948 hatten die 12 Minister der Nationalsozialen, der Volkspartei und slowakischen Demokratischen Partei ihre Demission eingereicht. Im zusehends eskalierenden Machtkampf mit der KPTsch als der stärksten Partei des Landes, die ihren 1946 errungenen Stimmenanteil von 38 % in den für Mai geplanten Wahlen mit den ihr eigenen undemokratischen und subversiven Methoden auf die absolute Mehrheit von „51 %“ zu erhöhen trachtete, hofften sie, mit einer Regierungsumbildung sich eine bessere, d. h. vor allem auch gegen Übergriffe von seiten der Kommunisten besser abgesicherte Ausgangsbasis zu verschaffen. Dies war freilich ein ebenso fataler wie folgenreicher Schachzug. Da sich die sozialdemokratischen Minister in ihrer Gesamtheit sowie der parteilose Außenminister Jan Masaryk ihrem Vorgehen nicht anschlossen, erwies sich der Sturz der Regierung Gottwald als illusorisch⁹. Mit ihrem Demissionsangebot lieferten die zwölf Minister der KPTsch statt dessen die höchst willkommene Gelegenheit zum entschlossenen Gegenschlag. Ganz gegen ihre eigentlichen Absichten boten sie der KPTsch vielmehr den unverhofften Anlaß für eine „revolutionäre“ Lösung der Regierungskrise bzw. – aus westlich-liberaldemokratischer und parlamentarischer Sicht – zur augenblicklich erfaßten Chance für einen von Laurence A. Steinhardt, dem amerikanischen Botschafter in Prag, schon des längeren einkalkulierten Coup d'État¹⁰.

⁷ Für den Richtungswechsel der amerikanischen Politik und die damit verbundenen Implikationen für die Tschechoslowakei vgl. LaFeber, Walter: *America, Russia and the Cold War*. 4. Aufl. New York u. a. 1980, 73f. – Paterson, Thomas G.: *The Origins of the Cold War*. 2. Aufl. Lexington/Mass. u. a. 1974, 113–122 und Ullmann: *The United States in Prague* 158–171.

⁸ Vgl. dazu beispielhaft die Darstellung der Times, so in einem Artikel vom 26. 2. 1948: *Lenin's Tactics – Prague Coup Well Planned – Capture of Trade Unions*, sowie ebenda der Kommentar: *The Czech Coup*, 27. 2. 1948.

⁹ Vgl. dazu Kaplan, Karel: *Das verhängnisvolle Bündnis. Unterwanderung, Gleichschaltung und Vernichtung der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie 1944–1954*. Wuppertal 1984, 152ff.

¹⁰ Am 12. Juni 1947 noch vertrat Botschafter Steinhardt gegenüber dem State Department die Auffassung, daß angesichts anderer politischer, wirtschaftlicher und psychologischer Ausgangsbedingungen die Vorgänge in Ungarn kein „pattern“ für ein ähnliches Vorgehen der UdSSR und der Kommunisten in der ČSR seien und traf die Aussage, „there would seem little

Bereits einen Tag nach dem Demissionsangebot begann die KPTsch, ihrer seit dem Zweiten Weltkrieg verfolgten Taktik der Einrichtung von „Nationalausschüssen“ folgend, nunmehr schlagartig „Aktionsausschüsse“ zu organisieren. Diese stellten das wichtigste Instrument außerparlamentarischer und totalitärer Machtpolitik dar, mit dessen Hilfe die KPTsch ihre ebenso unkoordiniert wie unentschlossen mit den konventionellen Waffen des Parlamentarismus kämpfenden Gegenspieler auf allen Ebenen der Gesellschaft und Politik praktisch kampflos gleich- bzw. ausschaltete. Während die antikommunistische Öffentlichkeit und ihre politische Führung – von vereinzelt und hilflosen Regungen des Widerstandes wie demonstrativer Bekundungen der Studenten abgesehen – im Moment ihrer Ausschaltung in bleierner Starre verharrten¹¹, begann die KPTsch höchst wirkungsvoll das „Volk“ in Form von Manifestationsveranstaltungen und mit der gezielten Mobilisierung der „Straße“ gegen die „Reaktionäre“ und „Verräter“ auszuspielen. Die Führung der Kommunisten ließ keinen Zweifel daran, daß sie das schon im Ansatz gescheiterte politische Manöver der

basis for assuming coup engineered in Hungary could be successfully duplicated in Czechoslovakia in immediate future“. Entsprechende in der amerikanischen Presse geäußerte Vermutungen wies er zu diesem Zeitpunkt entschieden zurück, da sie sowohl der Sache der antikommunistischen Kräfte in der ČSR als auch der amerikanischen Politik gegenüber diesem Land abträglich seien. FRUS 1947, Bd. 4. Washington 1972, 212. Einen Monat später, unmittelbar nachdem die ČSR aufgrund von Stalins Diktat die Teilnahme an der Pariser Marshall-Plan-Konferenz absagen mußte, listete Steinhardt in seinem Bericht vom 15. Juli an den Secretary of State insgesamt zwölf „powerful instruments of persuasion over Czechoslovakia now in possession of Soviets“ auf. Er gab zu verstehen, daß er in Anbetracht der neu eingetretenen Lage sowohl das „pattern“ der Machtübernahme, wie sie auch in Ungarn vollzogen worden war, als auch einen Coup d'État als Mittel der sowjetrussischen und kommunistischen Politik im Hinblick auf die ČSR nicht mehr ausschloß. „There are no visible signs as yet“ – so sein Fazit zur Strategie der UdSSR – „that they intend to tighten control over Czechoslovakia at this time. Mindful, however, of present psychology of Kremlin and of pattern which has emerged in other east European states this Embassy will watch with utmost care for indications that some or all of above listed instruments of pressure are being exercised either (1) to carry out more thoroughly Communist policies within framework present National Front Government, (2) to force purge of moderate parties along lines unsuccessfully pressed on Slovak Democrats during recent weeks and such as could easily be directed against leaders of other moderate parties through fabricated charges of conspiracy against state or sabotage of two-year plan, (3) to prepare ground for Communist *coup d'état*. If harmonious relations existed between east and west there would be no reason to fear any but first of these three possible developments but in light of existing conditions no one of them can be wholly excluded as a possibility.“ E b e n d a 221–223. – Für die zeitgenössische amerikanische Perzeption der im Jahre 1947 gleichfalls mit undemokratischen Mitteln und quasi legal vollzogenen Machtergreifung in Ungarn vgl. die im April 1948 in den Foreign Affairs (26/1948, 544–566) publizierte Darstellung von H.F. Schoenfeld, dem in dieser Phase in Budapest amtierenden US-Botschafter; dazu auch D e á k, István: The United States and the Communist Takeover of Hungary in the Light of New American Documents. In: Schicksalsjahre der Tschechoslowakei 143–154.

¹¹ Zu den Demonstrationen der Studenten vgl. neuerdings P o u s t a, Zdeněk: Smuteční pochod za demokracií [Trauermarsch für die Demokratie]. In: Stránkami soudobých dějin. Sborník statí k pětadesátinám historika Karla Kaplana. Připravil a uspořádal Karel J e c h [Seiten der Zeitgeschichte. Aufsatzsammlung zum 65. Geburtstag des Historikers Karel Kaplan. Vorbereitet und arrangiert von Karel Jech]. Praha 1993, 198–207.

Demissionsparteien nur allzu bereitwillig zum Anlaß nahm, mit der „Reaktion“ abzurechnen und diese endgültig als eigenständigen Faktor zu eliminieren bzw. in unverhohlen undemokratischem Sinne zu liquidieren. Am 22. Februar, d. h. am Tage nach der großen Manifestationsveranstaltung der KPTsch mit Klement Gottwald auf dem Altstädter Ring, signalisierten die Balkenüberschriften des *Rudé právo* der Öffentlichkeit in unmißverständlicher Deutlichkeit, wohin nach der „Stimme der wahren Nationalen Front“ die Reise ging. „Das Volk hat den festen Willen und genügend Kraft“, so die Schlagzeilen, „daß es die Rückkehr der Agenten der heimischen und ausländischen Reaktion in die Regierung zu verhindern und eine weiterhin ruhige, friedliche und freie Entwicklung der Republik zu gewährleisten vermag. Aufruf Klement Gottwalds zur Einheit und Eintracht: Seid einig und entschlossen, und Eure Wahrheit siegt!“¹²

Dem kommunistischen Revolutionsverständnis und Legitimationsbedürfnis entsprechend folgte damit auf die nationale und politische wie soziale „Očista“ (Reinigung bzw. Säuberung) der Jahre 1945 bis 1947 nur der logische zweite Schritt, mit dem nunmehr in der heißen Anfangsphase des Kalten Krieges auch die letzten „reaktionären“ Bastionen, d. h. jene in der „Nationalen Front“ bislang verbündeten partei- und innenpolitischen wie gesellschaftlichen Kräfte, ausgeschaltet wurden, die dem Macht- und Herrschaftsmonopol der KPTsch noch im Wege standen¹³.

Wie schon die ersten, noch vor der Einsetzung der neuen Regierung Gottwald vollzogenen Maßnahmen erwiesen, war eine selbständige und freie Vertretung individueller und kollektiver Interessen und Ziele angesichts der stalinistischen Herrschaftsmethoden im eigenen Lande nicht möglich. Mit ihrer endgültigen Eingrenzung hinter dem Eisernen Vorhang war die „volksdemokratische“ Tschechoslowakei im wahrsten

¹² *Rudé právo* v. 22. 2. 1948, 2. Ausg.

¹³ Von Interesse in diesem Zusammenhang ist eine vom amerikanischen European Command Februarflüchtlings in Frankfurt a. M. in Zusammenarbeit mit so prominenten tschechischen Generalstaatsanwalt Jaroslav Drábek, den Journalisten Ivan Herben und Josef Josten, dem Generalsekretär der Česká lidová strana Adolf Klimek sowie dem Soziologen Otokar Machotka erarbeitete Darstellung, in der diese ihre Erfahrungen mit der *Očista* der „Aktionsausschüsse“ zum Ausdruck brachten: Consolidated Political Intelligence Report 49: Action Committees in Czechoslovakia. Der neunzehnte Bericht ist vom 24. 5. 1948 datiert. Institut für Zeitgeschichte (IfZ), München: OMGUS AGTS/35/2. Zu der von den Aktionsausschüssen durchgeführten Säuberung vgl. aus zeitgenössischer Sicht Friedmann, Otto: *The Break-up of Czech Democracy*. London 1950, 75 ff.; aus kommunistischer Perspektive, den totalitären Charakter dieser *Očista* höchst anschaulich illustrierend: Mlýnský, Jaroslav: Únor 1948 a akční výbory Národní fronty [Der Februar 1948 und die Aktionsausschüsse der Nationalen Front]. Praha 1978 und ders.: Akční výbory Národní fronty a rozvíjení budovatelského úsilí po únoru [Die Aktionsausschüsse der Nationalen Front und die Entfaltung der Aufbauanstrengungen nach dem Februar]. In: ČsČH 36 (1988) 1–17. – Zu der mit dem Februarumsturz eingeleiteten Säuberung vgl. außerdem Pejlskar, Jožka: Pronásledování vlastenců 1897–1980 [Die Verfolgung der Patrioten 1897–1980]. O. O. 1978, 73–237, und neuerdings Břachová, Věra: Destrukce důstojnického sboru čs. armády po únoru 1948 [Die Zerstörung des Offizierskorps der tschsl. Armee nach dem Februar 1948]. *Historie a vojenství* 3 (1992) 109–127 sowie Kaplan, Karel: Politické perzekuce po únoru 1948 [Politische Verfolgungen nach dem Februar 1948]. In: Destrukce československého důstojnického sboru po únoru 1948 [Die Zerstörung des tschechoslowakischen Offizierskorps nach dem Februar 1948]. Praha 1993, 5–14.

Sinne des Wortes zu einer geschlossenen – man könnte auch sagen eingeschlossenen – Gesellschaft geworden. Flucht und Emigration stellten für die erklärten Gegner des Regimes angesichts dieser Entwicklung und nicht zuletzt aufgrund ihres eigenen Politikverständnisses die primäre Form des Widerstandes dar. Für nicht wenige handelte es sich dabei bereits um die zweite, in manchen Fällen sogar um die dritte Flucht und das dritte Exil.

Den Westmächten wiederum offerierten die Emigration und das Exil der unterlegenen Regimegegner einen wichtigen Ansatz- und Hebelpunkt in der ideologischen und propagandistischen Auseinandersetzung sowohl mit der von der KPTsch beherrschten Tschechoslowakei als auch mit dem kommunistischen Herrschafts- und Gesellschaftssystem insgesamt. In dem globalen Konflikt zwischen der – idealtypisch und in den Kategorien Karl Poppers formuliert – „offenen Gesellschaft“ des liberaldemokratischen Westens und der „geschlossenen Gesellschaft“ des stalinistisch-kommunistischen Ostens mußten freiwilliger und unfreiwilliger Migration sowie der Be- bzw. Verhinderung von Migration zwischen den beiden ungleichen Systemen entscheidende Bedeutung zukommen. Der Kalte Krieg nicht als Fortsetzung, sondern als Ersetzung des gewissermaßen regulären Krieges mit anderen Mitteln verlieh Emigration und Exil zwar nicht dieselbe zentrale propagandistische und politische Funktion, die sie in den beiden vorangegangenen Weltkriegen innegehabt hatten. Daß ihnen im Zeichen der Zweiteilung der Welt von beiden konkurrierenden Lagern jedoch von Anbeginn ein hoher Stellenwert zugemessen wurde, belegt sehr anschaulich gerade das Beispiel der Tschechoslowakei.

Auch wenn sich die westlichen Alliierten mit keinen konkreten Maßnahmen für eine neuerliche Emigration und ein drittes tschechoslowakisches Exil vorbereitet hatten, so traf sie die Fluchtbewegung nicht gänzlich unerwartet. Angesichts der im Kampf um die Teilnahme bzw. Nichtteilnahme am Marshall-Plan dramatisch sich zuspitzenden Entwicklung¹⁴ hatte das State Department bereits im Juli 1947 für den Fall eines „coup or terror against opposition groups“ vorgeschlagen, antikommunistischen Flüchtlingen aus der ČSR in den amerikanischen Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs Asyl zu gewähren¹⁴.

Am 18. Juli 1947, unmittelbar also nach der von Stalin erzwungenen Nichtbeteiligung der ČSR am Marshall-Plan, ließ Botschafter Steinhardt das Department of State wissen, daß die führenden Politiker der nationalen Sozialisten und der Volkspartei sich für den äußersten Fall bereits mit dem Plan beschäftigten, eine Exilregierung zu bilden¹⁵. Präsident Beneš signalisierte angesichts der eskalierenden Spannungen hingegen um so nachdrücklicher seine Kampfbereitschaft und die Absicht, im Falle eines Konflikts nicht nachzugeben und sich nicht ein weiteres, d. h. ein drittes Mal ins Exil zu begeben. In diesem Sinne wurde die amerikanische Botschaft von seiten der nationalen Sozialisten unterrichtet. Beneš erklärte demzufolge gegenüber Minister-

¹⁴ Zu den Überlegungen von H. Freeman Mathews, die dieser als Direktor des Office of European Affairs im Department of State in einem geheimen Memorandum für Unterstaatssekretär Dean Acheson entwickelte, vgl. Ullmann: *The United States in Prague* 133 ff.

¹⁵ Vgl. Hejl, Vilém: *USA a ČSR v únoru 1948* [Die USA und die ČSR im Februar 1948]. *Národní politika* (München) Mai 1988.

präsident Gottwald in einem Anfang September 1947 geführten Gespräch, "that in case of *Putsch*" – so der Bericht des amerikanischen Geschäftsträgers – "he would not ease Communist way by resigning or leaving country. He added that though he had been ill he had no intention of dying for some time do come. Gottwald is not reported to have had much to say in reply ¹⁶".

Im Spätherbst desselben Jahres wurde in polnischen Exilkreisen in London indessen das Gerücht kolportiert, Edvard Beneš erwäge, doch ein drittes Mal in die Emigration zu gehen. Die amerikanische Botschaft in Prag trat diesen Spekulationen zwar sogleich entschieden entgegen, gab in ihrem vom 3. Dezember 1947 datierten Bericht an das Department of State indes zu erkennen, daß im politischen Umfeld von Beneš der Gedanke an Emigration durchaus schon als konkrete Alternative in Betracht gezogen wurde. In einer erst etwa vierzehn Tage zurückliegenden Unterredung mit Botschafter Steinhardt habe sich der Präsident – im Blick auf die beim Brünner Parteikongreß eben vollzogene Abwahl seines Intimfeindes Fierlinger als Vorsitzenden der tschechoslowakischen Sozialdemokraten – überaus optimistisch geäußert und nachdrücklich seine Absicht unterstrichen, "to continue actively to oppose the further spread of communism". Während der Geschäftsträger Bruins – Botschafter Steinhardt befand sich zu diesem Zeitpunkt wegen einer Operation in den Vereinigten Staaten – für die Person Beneš daher die Schlußfolgerung zog, daß "flight from the country is at present very remote from his thoughts", ließ er das State Department jedoch zugleich wissen, daß "some of the more timid anti-Communists are known to have been thinking about leaving" ¹⁷.

Der Bericht des amerikanischen Geschäftsträgers illustrierte damit sehr eklatant jene Widersprüchlichkeit, die für die Position Beneš und der hinter ihm stehenden Kräfte gerade in der letzten und entscheidenden Phase der Auseinandersetzung mit Klement Gottwald und der KPTsch ganz allgemein bestimmend war. Kaum einen Monat vor den entscheidenden Februartagen sprach Trygve Lie, der norwegische

¹⁶ The Chargé in Czechoslovakia (Yost) to the Secretary of State. Praha, 15.9.1947. FRUS 1947, Bd.4, 231f.

¹⁷ National Archives (NA), Washington D.C.: RG 59, 860F.001/Beneš/12–347. Vgl. dazu auch den vom 21. 11. 1947 datierten Bericht des amerikanischen Botschafters in Großbritannien an das Department of State, der das Gerücht mit der kurz zuvor erfolgten Flucht von Stanislav Mikolajczyk nach London in Verbindung brachte. Botschafter Douglas verwies in diesem Zusammenhang auch auf die dort ansässigen, mit der polnischen Emigration in Verbindung stehenden tschechischen Gruppierungen. An deren Spitze standen mit General Lev Prchala und dem Journalisten Rudolf Kopecký bekanntlich zwei Persönlichkeiten, die Beneš seit dem Exil des Zweiten Weltkriegs in offener Gegnerschaft bekämpften: NA: RG 59, 860 F./11–2147. – Zu der illusionären, den Eventualfall eines kommunistischen Putsches ausblendenden bzw. verdrängenden Einschätzung der politischen Verhältnisse in der Tschechoslowakei in der Zeit unmittelbar vor der kommunistischen Machtergreifung, vgl. auch den Bericht Josef Korbels über seine am 12. Januar 1948 mit Beneš geführten Unterredungen. Korbels, tschechoslowakischer Botschafter in Belgrad, hatte den Präsidenten in diesem Zusammenhang auf die Erfahrungen mit Titos Jugoslawien und auf die Strategie des am 30. September 1947 gegründeten Kominform verwiesen. Korbels, Josef: *The Communist Subversion of Czechoslovakia 1938–1948. The Failure of Coexistence*. Princeton 1959, 198ff. – Ders. außerdem in: *Twentieth-Century Czechoslovakia. The Meanings of its History*. New York 1977, 248.

Generalsekretär der Vereinten Nationen, bei einem Besuch in Prag Jan Masaryk, den er seit der Kriegszeit gut kannte, auf die Frage einer möglichen Emigration an. In der am 26. und 27. Januar in seinem Amtssitz im Czernin-Palais geführten Unterredung brachte der tschechoslowakische Außenminister die Überzeugung zum Ausdruck, daß die KPTsch in den kommenden Wahlen den Stimmenanteil von 38 % nicht überschreiten würde. Gleichzeitig machte er keinen Hehl aus seiner Sorge, daß die Kommunisten im Fall eines zu großen Rückschlages einen Coup d'État riskieren könnten. Da das Verhalten Jan Masaryks in der Februarkrise, d. h. seine Absicht, „an der Seite des Volkes“ auszuharren oder in ein zweites Exil in das westliche Ausland zu fliehen, bis heute letztlich ungeklärt ist¹⁸, sei seine ebenso entschiedene wie unverblünte Aussage gegenüber seinem norwegischen Vertrauten widergegeben. „While aware of the possibility of a coup“, so der Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen über die Einschätzung der Lage durch Jan Masaryk und seine Intentionen, „he obviously was not expecting to come within a month – and before elections. We talked over the prospects of such a move by the Communists and I asked him as an old and close friend whether it might not be best to arrange a business trip to France or England – just in case. But I should have known Jan Masaryk. He was determined to remain in Czechoslovakia, come what might, and spoke disparagingly of the Polish, Hungarian, and Rumanian non-Communists who had fled when the Communists seized power. I remember his typical comment: »I'm not the kind of guy who could be happy to go to the United States and write five articles for the Saturday Evening Post for \$ 15,000. No, sir, I'm staying put«¹⁹.“

Ein verzweifelter Zweckoptimismus, der sich an die illusionäre Hoffnung klammerte, den Konflikt mit der KPTsch mit parlamentarisch-konstitutionellen Mitteln lösen zu können und der sich dabei nur allzu selbstgewiß auf die demokratische Tradition der Tschechoslowakei berief, ging fast unvermittelt einher mit einem Gefühl von Pessimismus und Ohnmacht. Die desparate „Als-ob-Politik“ Beneš und seiner Anhänger korrespondierte mit einer lähmenden Grundstimmung, die angesichts des rabiaten Vorgehens des innenpolitischen Gegners und der außen- wie sicherheitspolitisch scheinbar unvermeidlichen Einverleibung in den sowjetrussischen Herrschaftsbereich reale Ursachen ohne Zweifel zur Genüge hatte.

Die Bereitschaft, den Kampf mit der das Machtmonopol immer offener und rücksichtsloser ansteuernden KPTsch in unmittelbarer Konfrontation auszutragen, war eingestandener- oder uneingestandenermaßen schon gebrochen, noch bevor es zum offenen Konflikt kam. Am 16. Februar 1948, vier Tage bevor die nationalen Sozialisten zusammen mit der Volkspartei und der slowakischen Demokratischen Partei sich zu dem fatalen Schritt der Demission ihrer zwölf Minister entschlossen hatten, schrieb der mit den Verhältnissen der Tschechoslowakei und insbesondere mit Beneš und seinen politischen Gefolgsleuten wie kaum ein zweiter vertraute Robert Bruce Lockhardt in einem dem Foreign Office in London übermittelten Brief: „I have seen some

¹⁸ Vgl. dazu Kettner, P./Jedlička, I.M.: Proč zemřel Jan Masaryk? [Warum starb Jan Masaryk?]. Praha 1990, besonders 166 ff.

¹⁹ Lie, Trygve: In the Cause of Peace. Seven Years with the United Nations. New York 1954, 232 f.

more Czechs who are anxious to come out before the end or to remain here. They tell me that violence is increasing behind the scenes and that Ripka will flee the country if the elections go wrong."²⁰

Dies waren allerdings nur vereinzelte Signale der Emigrationsabsichten einzelner Personen, welche die politischen Entscheidungszentren der westlichen Mächte erreichten. Sowohl von Beneš als auch von den in der Nationalen Front längst nicht mehr mit, sondern gegen die KPTsch verbündeten Kräften waren eindeutige und miteinander abgestimmte Maßnahmen für den Eventualfall einer Emigration und eines neuerlichen Exils nicht ergriffen worden. Als ersichtlich wurde, daß sich die Tschechoslowakischen Sozialdemokraten und der Außenminister Jan Masaryk dem Manöver der drei Demissionsparteien nicht anschlossen, versuchten sie geradezu verzweifelt, das Steuer herumzuwerfen und den Präsidenten von der Annahme ihres Rücktrittsangebotes mit aller Macht wieder abzubringen. Auf diese Weise sollte den Kommunisten in letzter Minute quasi die legale Handhabe entzogen werden, den mißlungenen politischen Schachzug umgehend für einen Coup d'État zu nutzen. Angesichts dieser drohenden Gefahr richteten sich die Hoffnungen der Demissionsparteien in einer abermals völligen Verkennung der Situation auf eine sozusagen nahtlose Fortsetzung der bisherigen Politik der „Nationalen Front“ in ihrer ursprünglichen Form, auf eine Weiterführung der gemeinsamen Regierung, also unter Ministerpräsident Gottwald, bis zu den anstehenden Wahlen. Sie klammerten sich in ihrer ausgeweglosen Lage derart verzweifelt nicht nur an die Verfassung, sondern vor allem auch an den Strohalm des Machtkartells der alten „Nationalen Front“, daß sich die nationalen Sozialisten sogar bereit fanden, ihre vier bislang in der Regierung vertretenen Minister durch andere, vom Manöver der Demission quasi unbelastete Vertreter ihrer Partei auswechseln zu lassen²¹. Diese seit dem Zweiten Weltkrieg verfolgte doppelbödige Taktik, in der die Bereitschaft zur Anpassung und der Wille zum Widerstand sich bis zur Unkenntlichkeit vermischten, illustrierte wohl am anschaulichsten nicht nur der nur scheinbar paradoxe Umstand, daß Präsident Beneš den kommunistischen *Coup d'État* mit seiner Annahme der Rücktrittsgesuche und der Einsetzung der neuen Regierung Gottwald am 25. Februar legitimierte, sondern auch die bemerkenswerte Tatsache, daß am 11. März immerhin 116 nichtkommunistische Abgeordnete der Regierung der sogenannten „wiedergeborenen Nationalen Front“ ihre Stimme gaben²².

Wie wenig durchdacht und koordiniert das Vorgehen der Demissionsparteien in den entscheidenden Februartagen war, belegt vor diesem Hintergrund auch das erstaunliche

²⁰ Public Record Office (PRO), London: FO 371/71284, N 2100/154/12. Vgl. dazu auch die Bemerkungen Lockharts in seinem im Juli 1948 in den *Foreign Affairs* (26/1948, 632–644) veröffentlichten Artikel „The Czechoslovak Revolution“, 635–637; dazu außerdem Ripka, Hubert: *Le Coup de Prague. Une Révolution préfabriquée*. Paris 1949, 336; in der 1950 in London unter dem Titel *Czechoslovakia Enslaved: The Story of the Communist Coup d'État* publizierten englischen Ausgabe 313.

²¹ Vgl. das Kapitel „Poslední schůze zastupitelstva Klobáčovy a Benešovy strany“ [Die letzte Versammlung der Vertretung der Partei Klobáčs und Benešs]. In: D r t i n a, Prokop: *Československo můj osud* [Die Tschechoslowakei mein Schicksal]. Bd. 2/2. Toronto 1982, 548–558 und e b e n d a 569–571.

²² Vgl. hierzu F r i e d m a n : *The Break-Up of Czech Democracy* 90–106.

Maß mangelnden „Vorbereitetheits“ (*připravenost*) was die Frage der Möglichkeit bzw. Notwendigkeit einer eventuellen Flucht und eines neuerlichen Exils von erklärten Gegnern der KPTsch anbelangte, sollte diese die Regierungskrise für einen Umsturz nutzen. Bei der letzten Beratung der vier nationalsozialistischen Minister mit Präsident Beneš am 23. Februar wurden, wie der Justizminister Prokop Drtina berichtet, das Verhalten und Vorgehen für den Fall, „daß alle parlamentarischen und demokratischen Mittel versagen“, als eigenes Thema nicht einmal angesprochen²³. Folgt man der Darstellung des Abgeordneten Ota Hora, der wie Drtina ebenfalls den Nationalsozialisten angehörte, so fand sich Beneš angesichts entsprechender Drohungen Gottwalds zu der Berufung der neuen Regierung offenbar nur unter der Voraussetzung bereit, daß es zu keiner Gewaltanwendung käme und die oppositionellen Minister und Abgeordneten sowie „andere Bürger“ nicht verhaftet würden²⁴. Über sein Gespräch mit Drtina, das unmittelbar unter dem Schock der Annahme der Demission und der Einsetzung der neuen Regierung am 25. Februar geführt wurde und an dem mit Vratislav Bušek, Luděk Štránský und Miloslav Kohák außerdem drei führende nationalsoziale Journalisten teilnahmen, teilt Hora mit: „Es kam zu einer Debatte, und es wurde beschlossen, daß wir uns auf jeden Fall entscheiden mußten, wer ins Exil gehen und wer zu Hause bleiben müsse.“²⁵

Wie strittig auch immer die von Außenminister Jan Masaryk nach dem Februarumsturz gehegten Fluchtabsichten sein mochten, so gesichert scheint, daß Präsident Beneš die Machtergreifung der Kommunisten zunächst nicht zum Anlaß nahm, die Tschechoslowakei zu einem dritten Exil an der Seite der Westmächte zu verlassen oder auch nur gezielte Maßnahmen zur Formierung eines politischen Exils in die Wege zu leiten. Am 27. Februar verließ er seinen Amtssitz auf der Prager Burg, um sich gleichsam in eine innere Emigration auf seinen Landsitz Sezimovo Ústí zurückzuziehen, wo er, nach Aussage seines engen Mitarbeiters Táborický von der Notwendigkeit eines nochmaligen Exils schließlich doch überzeugt, nur sieben Monate später wie in einem von seinen kommunistischen Gegnern hermetisch abriegelten Gefängnis vereinsamt und verbittert starb²⁶.

Auf den Eventualfall einer neuerlichen Emigration, d. h. vor allem auf eine Fluchtbewegung größeren Ausmaßes, waren die westlichen Alliierten nicht eingestellt, um

²³ Drtina: Československo můj osud 547f.

²⁴ Hora beruft sich auf ein Telefonat Drtinás, das dieser unmittelbar nach der Annahme der Demission in seiner Gegenwart mit Jína, dem Leiter der politischen Abteilung der Präsidentenkanzlei, führte. Ota Hora: Svědectví o puči. Z bojů proti komunistické Československé [Zeugenschaft des Putsches. Von den Kämpfen gegen die Kommunistisierung der Tschechoslowakei]. Bd. 2. Praha 1991, 177. Nach den Erinnerungen des nationalsozialistischen Abgeordneten Julius Firt hatte Josef Šrámek, der Vorsitzende der Lidová strana und während des Zweiten Weltkrieges Ministerpräsident des tschechoslowakischen Exils, schon zwei Tage vorher, d. h. am 23. Februar, angesichts der außerparlamentarisch-totalitären Mobilmachung der KPTsch die Ansicht vertreten, daß auch Präsident Beneš gegen deren „Putsch“ keine Gegenmittel verfüge und daß er mit seiner neuerlichen Emigration rechne. Firt, Julius: Záznamy ze starých deníků [Aufzeichnungen aus alten Tagebüchern]. Köln 1985, 28f.

²⁵ Hora: Svědectví o puči 177f.

²⁶ Táborický, Edward: President Edvard Beneš. Between East and West 1938–1948. Stanford 1981, 239–244.

sozusagen aus dem Stand mit entsprechend systematischen und koordinierten Anstrengungen umgehend und umfassend reagieren zu können. Wie von amerikanischer Seite die Situation unmittelbar vor dem entscheidenden Kräftemessen in der zweiten Februarhälfte 1948 eingeschätzt wurde, veranschaulicht ein von der amerikanischen Armeeführung an EUCOM und OMGUS gerichtetes Telegramm vom 18. Januar 1948. Auf eine Anfrage der US-Botschaft in Prag vom 17. Dezember 1947 eingehend, wie die Migration von antikommunistischen Flüchtlingen aus Osteuropa über die Tschechoslowakei in die amerikanische Besatzungszone in Deutschland zu handhaben sei, wurde in einer Weise geantwortet, die erkennen ließ, daß zu diesem Zeitpunkt ein Asylbegehren bedeutenderen Ausmaßes, aber auch die Durchreise und der Zwischenaufenthalt einer größeren Zahl von Gegnern des kommunistischen Herrschafts- und Gesellschaftssystems auf deutschem Boden prinzipiell zurückgewiesen wurden. Diese Ablehnung erfolgte nicht nur mit Rücksicht auf den durch Flucht und Vertreibung bedingten Bevölkerungsüberschuß in der amerikanischen Zone, sondern ausdrücklich auch mit dem Hinweis auf die vergleichsweise sichere Situation in der Tschechoslowakei: "It does not appear", so hieß es, "that conditions in Czech itself are such that ordinary anti-communist refugees other countries are at present in danger". Darüber hinaus wurde allerdings mit Blick auf prominente kommunistische Regimegegner bereits ausdrücklich konstatiert: "Discretion could be used re facilitating departure to Am Zone of outstanding democratic political personalities whose personal safety is endangered. Embassy would wish to satisfy itself of exceptional circumstances and that case could be handled in manner least hazardous to its status. Persons of sp interest to US Mil would be assisted on matters responsibility."²⁷

Als die sich überschlagenden Ereignisse in der zweiten Februarhälfte jedoch einen ebenso dramatischen wie eindeutigen Verlauf nahmen und die Tschechoslowakei unter den Vorzeichen des kommunistischen Umsturzes und der sogleich einsetzenden Säuberung und Verfolgungen fast widerstandslos dem stalinistischen Totalitarismus anheimfiel, stellte sich die amerikanische Politik sehr schnell auf die veränderte Lage – und damit vor allem auf Tschechen und Slowaken als potentielle Flüchtlinge und Emigranten – ein. Sie reagierte mit ersten Maßnahmen, noch bevor Präsident Beneš am 25. Februar ein zweites Mal in seiner Laufbahn in entscheidender Situation kapitulierte. Am 23. Februar, einen Tag bevor das vom Kommunisten Václav Nosek geleitete Innenministerium den Erlaß publik machte, mit dem faktisch eine allgemeine Ausreisesperre verhängt wurde, hatte Botschafter Steinhardt dem State Department bereits gemeldet, daß alle Reisepässe für ungültig erklärt worden waren und es den Bürgern der Tschechoslowakischen Republik damit vorerst unmöglich gemacht wurde, auf legalem Wege das Land zu verlassen²⁸.

²⁷ Dept. of the Army CSCAD an EUCOM, 18.1.1948, IfZ: OMGUS AGTS-19/12. Ausgenommen von dieser Bestimmung waren, wie im selben Zusammenhang konstatiert wurde, "refugees [...] eligible for US Entry visas or have permission to enter destination country." (Bei der Wiedergabe von Texten der amerikanischen Militärregierung wird die abgekürzte Schreibweise der originalen Unterlagen beibehalten.)

²⁸ NA: RG 59, 860 F.OO/2–2348. Vgl. dazu auch die vom 23. und 25. 2. 1948 datierten Intelligence-Berichte über die Situation an der Grenze: Bayerisches Hauptstaatsarchiv (BayHStA),

Bereits einen Tag später – also am 24. Februar, als die demissionierten Minister noch verzweifelt auf Beneš einzuwirken versuchten, ihre Rücktrittsforderung nicht anzunehmen – ließ der amerikanische Außenminister Marshall an General Clay, den Chef der US-Militärregierung in Deutschland, die streng geheime Nachricht übermitteln, „that in view possibility prominent Czech political leaders, editors and trade union officials may seek refuge in US Zone, we assume he will arrange for reception and care of these persons together with other opposition Czechs who may be of informational value.“²⁹ Gleichzeitig wies die US-Armee ihre an der Grenze zur Tschechoslowakei stationierten Truppen sowie Constabulary- und Intelligence-Einheiten an, die Flüchtlinge in Empfang zu nehmen und zu versorgen³⁰. Zuständig für die unmittelbare Aufgreifung der Flüchtlinge und deren Übergabe an die amerikanischen Besatzungsbehörden war außer den Beamten der deutschen Zollverwaltung vor allem die bayerische Landesgrenzpolizei, der von der Militärregierung die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung an der Grenze übertragen worden war³¹.

Von dem Moment an, in dem der Machtkampf in der Tschechoslowakei zugunsten der KPTsch entschieden schien, wurde von den Westmächten jedoch nicht nur die Flucht und die Aufnahme der antikommunistischen tschechoslowakischen Regime- und Systemgegner, sondern gezielt auch aktive Fluchthilfe in ihr politisches Kalkül einbezogen. Wie aus einer Meldung der New York Times hervorgeht, äußerten Vertreter der amerikanischen Militärregierung schon am 26. Februar, „that they expected »pressure« against the Czech-German border by Czechoslovaks seeking to leave their country because of the Communist coup.“ Am selben Tag gab Botschafter Robert D. Murphy, der politische Berater von Militärgouverneur General Lucius D. Clay, eine Erklärung ab, in der er die offizielle, gleichsam abgestufte Reaktion der USA auf die Vorgänge in der Tschechoslowakei formulierte. Während er zum einen auf der Linie der Anerkennung der neuen Regierung Gottwald durch die westlichen Alliierten nach dem Bericht der New York Times klarstellte, daß die Vereinigten Staaten „would make no move here regarding the new Czechoslovak political situation“, fügte er zum anderen mit nicht minderer Deutlichkeit hinzu, „that »our policy always has been to accept political refugees.«“³²

Charles Bohlen, ehemaliger Botschafter der USA in Moskau und führender Ost-

München: OMGBY 10/89-3/1 und IfZ: OMGUS ODI 7/23-1/4. – Bereits am 21. Februar war allen tschechoslowakischen Militärflugzeugen Startverbot erteilt worden, eine Maßnahme, die vor allem die Mehrheit der als besonders fluchtverdächtig geltenden Piloten betraf, die im Zweiten Weltkrieg in der Royal Air Force gedient hatten. Vgl. Bušek, Vratislav: Poučení z únorového převratu [Die Lehre aus dem Februarumsturz]. New York 1954, 90.

²⁹ NA: RG 59, 860F.00/2-2448.

³⁰ NA: RG 59, 860F.00/2-2548.

³¹ Headquarters Sixth Constabulary Regiment 427/31 CIC Detachment, Report No. Sp 99, Subject: Security Survey, Re: US Zone-Czech Border in 6th Regiment Area, 4.11.1947. BayHStA: OMGBY 15/101-3/36; dazu außerdem Pioch, Hans Hugo: Organisation und Zuständigkeit der Polizei in den verschiedenen Besatzungszonen Deutschlands. In: Deutsche Verwaltung 2 (1949), Nr. 9 und 10, 225-229 und 257-259, 226f.

³² The New York Times v. 27.2.1948.

europa-Experte, entwickelte in einem „Office Memorandum“ des State Department vom 29. Februar 1948 eine Reihe von Vorschlägen, die bereits deutlich die Richtung erkennen ließen, die die amerikanische Politik in Anbetracht der neuen Lage einzuschlagen gedachte. Nachdem die in der Tschechoslowakei geschaffenen Fakten – von äußerer Gewaltanwendung abgesehen – kaum oder überhaupt nicht zu beeinflussen waren, galt es, möglichen Folgewirkungen der kommunistischen Machtergreifung in der politischen Landschaft Europas entgegenzusteuern. „The purpose therefore of any United States action“, so Bohlen, „would be to counteract any psychological effect in Europe and throughout the world of the successful Communist coup in Czechoslovakia.“

Bezog sich Bohlen in seinen Ausführungen zwar auf Finnland³³, so richtete sich die Aufmerksamkeit der USA in dieser Hinsicht bekanntlich vor allem auf die prekäre Situation in Italien, wo die Kommunisten, wie in Frankreich, über eine außerordentlich starke Basis verfügten und wo entscheidende Wahlen bevorstanden. Was die Verhältnisse in der Tschechoslowakei betraf, so brachte er in dem Memorandum zum Ausdruck, daß, wenn schon eine direkte politische Intervention ausgeschlossen war, ein indirektes Eingreifen mit Hilfe des Exils und damit mit dessen Formierung und Unterstützung angezeigt schien. Als erste konkrete Maßnahme schlug Bohlen vor, daß Juraj Slávik, dem Botschafter der ČSR in den Vereinigten Staaten, der aus Protest gegen den kommunistischen Coup sogleich sein Amt niedergelegt hatte, die Möglichkeit gegeben werden sollte, die Gründe seiner Resignation darzulegen und in einer Sendung der tschechoslowakischen Abteilung der „Voice of America“ in seine Heimat auszustrahlen. Das Ziel, das Bohlen mit dieser Unternehmung zu erreichen suchte, sprach er in aller Klarheit aus: „By thus dramatizing Slavik's refusal to serve the present Government, the defection of other Czech representatives abroad for the same reasons should be greatly facilitated and might possibly have some effect on Beneš's subsequent action“³⁴ Ähnliche Intentionen lagen auch der britischen und insbesondere der französischen Politik zugrunde. Die Akten hierfür, sofern die Intentionen und eventuellen Fluchthilfeaktionen einen dokumentarischen Niederschlag fanden, sind noch nicht alle bekannt bzw. zugänglich. Dies gilt zumal für jene französischer Provenienz.

Geeignete Vorkehrungen für die propagandistisch-ideologische und psychologische Kriegführung im nunmehr offen ausgebrochenen Kalten Krieg zu treffen – und soweit unter den schwierigen Bedingungen möglich –, besonders wichtig erscheinenden politischen Verbündeten den Weg in das Exil zu bahnen, waren im Grunde die einzig praktischen Maßnahmen, mit denen die Westmächte auf die kommunistische Machtergreifung in der Tschechoslowakei reagieren konnten³⁵. Es waren naturgemäß

³³ Nach der Unterzeichnung des von der Sowjetunion und Großbritannien entworfenen Friedensvertrages am 10. 2. 1947 in Paris befand sich Finnland gegenüber seinem übermächtigen Nachbarn in einer schwierigen Verhandlungsphase, die am 6. 4. 1948 zum Abschluß eines zunächst auf zehn Jahre bemessenen Freundschafts- und Beistandspaktes mit der UdSSR führte.

³⁴ Office Memorandum von Bohlen an Lovett 29. 2. 1948. NA: RG 59, 860 F.00/2–2948.

³⁵ Eine Darstellung zur Rolle und Bedeutung der Tschechoslowakei im Rahmen der seit 1948 von den USA im Kalten Krieg betriebenen Propaganda liegt bislang nicht vor. Für die

die Repräsentanten der in der Auseinandersetzung mit der KPdSch unterlegenen politischen Klasse, auf die sich ihr Augenmerk zunächst und in erster Linie richtete. Sehr schnell sollte sich jedoch abzeichnen, daß nicht nur prominente und erklärte politische Gegner des Regimes zu fliehen versuchten, sondern daß zahlenmäßig in einem weitaus höheren Maße auch politisch wenig oder nicht-profilierter Bürger aus unterschiedlichsten Gründen zu entkommen trachteten. Sich all der vom kommunistischen Regime und System eliminierten bzw. vertriebenen Tschechen und Slowaken anzunehmen, denen es gelang, den Weg in die Emigration und in das Exil zu finden, erwies sich daher für die Westmächte als jene Herausforderung, die es als konkreteste und vorrangigste Aufgabe ihrer Politik gegenüber der Tschechoslowakei im Kalten Krieg zunächst zu bewältigen galt.

Wenn hier von den westlichen Alliierten gesprochen wird, so sind in erster Linie die Vereinigten Staaten von Amerika gemeint. Sie waren von dem Vorgang der Flucht und der damit verbundenen Entstehung eines dritten tschechischen bzw. tschechoslowakischen Exils in besonderer Weise betroffen. Zum einen – wie sich vor allem bei der Formierung eines neuerlichen Exils erweisen sollte – in ihrer Rolle als der unbestrittenen Führungsmacht des Westens. Zum anderen jedoch aus dem einfachen Grund der geographischen Lage ihres Okkupationsgebietes. Ihre Besatzungszonen in Deutschland und bis zu einem gewissen Grade auch in Österreich boten all jenen, denen zu fliehen gelang, ein natürliches Refugium. Da die Tschechoslowakei entlang vier Fünfteln ihrer Grenze von kommunistisch beherrschten und sowjetrussisch besetzten Ländern eingeschlossen und nach der Abtretung der Karpaten-Ukraine im Osten mit Stalins Imperium unmittelbar konfrontiert war, stellte der Westen, d. h. Bayern und damit der amerikanisch besetzte Teil Deutschlands, die günstigste Fluchtrichtung dar³⁶.

Der vor allem für die Slowaken naheliegende südliche Weg in das von den Alliierten besetzte Österreich wurde schon aus Rücksicht auf die Lage und Ausdehnung des russisch besetzten Landesteils vergleichsweise weitaus weniger eingeschlagen. Aus naheliegenden Gründen wurde daher auch nur selten der Fluchtweg über die sowjetische Besatzungszone und Berlin gewählt. Polen und insbesondere Ungarn und Jugoslawien, die für die vom nationalsozialistischen Deutschland ausgelösten Emigrationswellen eine solch große Bedeutung gespielt hatten³⁷, bildeten nun den Schauplatz

unmittelbare Nachkriegszeit bis zum Februarumsturz vgl. Steinitz, Mark S.: The U.S. Propaganda Effort in Czechoslovakia, 1945–48. In: The Journal of Diplomatic History 6 (1982) 359–385.

³⁶ In der Form, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurde, grenzte die Tschechoslowakische Republik auf einer Länge von 356 Kilometern an den „Westen“, d. h. an die amerikanische Besatzungszone Deutschlands. Die restliche Grenze, d. h. die Grenze gegenüber der Sowjetunion, den sowjetisch besetzten Gebieten Deutschlands und Österreichs – die an die Tschechoslowakei angrenzenden Gebiete Österreichs gehörten der dortigen sowjetischen Besatzungszone an – sowie gegenüber den sowjetrussischen Satellitenländern Polen und Ungarn erstreckte sich hingegen auf eine Länge von insgesamt 3197 Kilometern. Vgl. Gadourek, Ivan: The Political Control of Czechoslovakia. A Study in Social Control of a Soviet Satellite State. Leiden 1953, 3f. Vgl. dazu außerdem die bei Josten: Oh my Country 106 abgedruckte Landkarte.

³⁷ Vgl. Heumos, Peter: Die Emigration aus der Tschechoslowakei nach Westeuropa und dem Nahen Osten 1938–1945. Politisch-soziale Struktur, Organisation und Asylbedingungen

allenfalls individueller, zahlenmäßig unbedeutende Fluchtunternehmungen³⁸. Auch der spektakuläre Fluchtweg, auf dem Ladislav Feierabend mit seiner Frau in einem Elbkahn versteckt von Aussig (Ústí nad Labem) durch die sowjetisch besetzte Zone bis in den Hamburger Hafen und von dort direkt nach Großbritannien gelangten, stellte eher eine exotische Ausnahme dar³⁹.

Der Umstand, daß der Fluchtweg fast aller tschechischen und slowakischen Emigranten zunächst nach Bayern und damit in das soeben besiegte und zerstörte Deutsche Reich führte, warf allerdings gravierende Probleme auf. Und dies nicht zuletzt auch deshalb, da die weit überwiegende Mehrheit von ihnen Deutschland nur als Fluchtziel, nicht aber als den eigentlichen Bestimmungsort ihres Emigrationsvorhabens betrachtete. Die zumeist abenteuerlichen Fluchtvorgänge sowie die Fluchthelfer und Fluchtrouten der tschechischen und slowakischen Emigration von 1948 und der folgenden Jahre auch nur in Beispielen zu schildern, soll hier nicht unternommen werden. Flugzeugentführungen und das Kommandounternehmen des sogenannten „Freiheitszuges“ gehörten zu jenen Unternehmungen, die wohl die größte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erfuhren. Im Jahr 1989 haben Jožka Pejskar und Vladimír Škutina in Zürich eine in reportagehafter Form aufgemachte Auswahl von Fluchtberichten publiziert⁴⁰. Es ist zu erwarten, daß nunmehr, d. h. im Gefolge der „samtenen Revolution“ vom November 1989, weitere und wesentlich detailliertere Fluchtberichte publiziert werden. Dies gilt selbstverständlich vor allem für die von den westlichen Alliierten geleistete Fluchthilfe. Es ist zu hoffen, daß sich auch in dieser Hinsicht die Archive öffnen und ebenfalls einschlägige Erinnerungen veröffentlicht werden⁴¹.

der tschechischen, jüdischen, deutschen und slowakischen Flüchtlinge während des Nationalsozialismus. Darstellung und Dokumentation. München 1989, 55 ff.

³⁸ Vgl. hierzu Jirásek, Zdeněk: Počátky československé pounorové emigrace [Die Anfänge der tschechoslowakischen Nach-Februar-Emigration]. Ms. S. 2 f.

³⁹ Vgl. Feierabend, Ladislav: Prag-London vice-versa. Erinnerungen 1938–1950, Bd. 2, 1941–1950. Bonn-Brüssel-New York 1973, 507–516.

⁴⁰ Pejskar, Jožka: Útěk železnou oponou [Flucht durch den Eisernen Vorhang]. Ročenka Reportéra 1989 (Zürich). Die reportagehafte Aufarbeitung des aus dem Archiv Pejskars stammenden Materials übernahm Vladimír Škutina. Vgl. dazu neuerdings außerdem Dvořáková, Zora: Z letopisu třetího odboje [Aus der Chronik des dritten Widerstandes]. Praha 1992, 85–93.

⁴¹ In den publizistischen Darstellungen der Februar-Emigranten, die mit Unterstützung der westlichen Alliierten außer Landes gebracht wurden, finden sich über die besonderen Umstände der von den Alliierten geleisteten aktiven Fluchthilfe verständlicherweise keine konkreten Angaben. Vgl. hierzu das Kapitel „Ma fuite“ von Ripka in: Le Coup de Prague 336–342 [engl. Ausg. 313–318]; die Schilderung des genauen Fluchtvorgangs und damit auch die aktive Fluchthilfe der – in seinem Falle – französischen Alliierten behielt er sich ausdrücklich für einen späteren Zeitpunkt vor, ebenda 341. Individuelle Fluchtschilderungen außerdem bei Josten: Oh my country 83 f. und 202–213; Hora: Svědectví o puči 163 und 175–191, Moravec, František: Špión, jemuž nevěřili [Der Spion, dem sie nicht glaubten]. Praha 1990, 361 ff. und Firt: Záznamy 28–42. Aus der Sicht der mit der KPTsch kollaborierenden Vertreter der Československá strana lidová zum Fluchtvorgang seiner antikommunistischen Parteikollegen vgl. Josef Plojhar in seiner Erinnerungsschrift „Vítězný únor 1948 a čs. strana lidová“ [Der siegreiche Februar 1948 und die tschsl. Volkspartei]. Praha 1958, 62 f., in der er feststellte: „Diese Fluchten wurden anfänglich im großen und ganzen wohl-

Die vom Ausland geleistete Fluchthilfe, die dem Regime Gottwald nicht verborgen blieb, stellte in jedem Falle ein Politikum ersten Ranges dar. Von der KPTsch, die den Westmächten seit Ende 1947 mit zunehmender Schärfe unterstellt und vorgeworfen hatte, einen reaktionären Umsturz herbeiführen zu wollen, waren insbesondere die Botschaften der USA, Großbritanniens und Frankreichs schon zuvor als Agenturen des Verrats und der Verschwörung angeprangert worden. Diese Attacken dienten nur allzu offenkundig auch dazu, vom konspirativen Charakter des eigenen Vorgehens abzulenken. Doch besaß die KPTsch aufgrund ihres weitverzweigten Überwachungs- und Bespitzelungssystems nicht nur Informationen über die engen Kontakte, die führende Vertreter ihrer politischen Gegner in den kritischen letzten Monaten mit den westlichen Botschaften gepflegt hatten, bevor sie den parlamentarisch-konstitutionellen Coup ihrer Gegner ebenso rabiat wie erfolgreich mit ihrem außerparlamentarisch-totalitären Contrecoup für ihre eigenen Zwecke umfunktionierten. Wie die mißglückte bzw. vereitelte Flucht des ehemaligen Ministerpräsidenten Šrámek und seines Mitarbeiters Hála Anfang März 1948 spektakulär demonstrierte, vermochte sie sich auch Kenntnisse über westliche Aktionen zu verschaffen, prominente Gegner des neuen Regimes heimlich außer Landes zu bringen. Im Falle Šrámeks und Hálas hatte die französische Botschaft die Flucht zu organisieren versucht, ein Unternehmen, das von kommunistischen Agenten in den eigenen Reihen jedoch vereitelt wurde⁴². Nach der Aussage Ferdinand Peroutkas war vom französischen Geheimdienst, d.h. von kommunistischen Doppelagenten, auch der ursprüngliche Fluchtplan Hubert Ripkas verraten worden, der mit Hilfe von Botschafter Maurice Dejean die Tschechoslowakei verlassen wollte⁴³. Es entbehrt nicht der Tragik und wirft ein Licht auf die komplizierten Verhältnisse, daß es der 1950 im Zusammenhang mit den Slánský-Prozessen hinge-

wollend hingenommen, da Leute flohen, welche der Republik früher geschadet hatten und ihr auch weiterhin so oder so Schaden zufügen würden.“ Die auch vom damaligen Propagandaminister Václav Kopecký in seiner 1960 in Prag erschienenen Darstellung „ČSR a KSČ“ [Die ČSR und die KPTsch] aufgestellte Behauptung, die neue Regierung Gottwald habe sich gegenüber den Fluchtversuchen ihrer Gegner „wohlwollend“ verhalten, ist neuerdings entschieden zurückgewiesen worden; vgl. Jirásek: Počátky československé poúnorové emigrace 3.

⁴² Zu der mißglückten Flucht Šrámeks und Hálas vgl. den Bericht eines ungenannten tschechischen Flüchtlings: Oberreg.-Rat Dr. Riedl, Staatsministerium des Innern, Bayerische Landesgrenzpolizeidirektion, 5. 5. 1948, an OMGB, Public Safety - Border Police, Att. Captain Rohan: News from the CSR. BayHStA: OMGBY 10/89-2/30. Dazu auch Plojhar: Vítězný únor 1948, 63.

⁴³ Nachdem Ripka als Außenhandelsminister am 23. Februar seiner Funktion enthoben worden war, gab er dem Vorsitzenden des Aktionsausschusses seiner Behörde zu verstehen, daß er sich geschlagen gebe und sich aus der Politik zurückziehen wolle. Falls es dem neuen Regime genehm wäre, würde er diesem gerne als Professor dienen. „Was auch immer geschehen mag“, so beteuerte er demnach, „würde aus ihm kein Emigrant und er ginge nicht gegen die Republik“ (Že nebude z něho emigrant a nepujde proti republice). Diese Äußerungen, die Ripka ausdrücklich Gottwald, Innenminister Nosek und Finanzminister Jaromír Dolanský mitteilen ließ, dienten ohne Zweifel ausschließlich der Verschleierung seiner wahren Absichten und der Vorbereitung seiner Flucht. Zu den Aussagen Ripkas vgl. Bouček, Miroslav/Klimeš, Miloslav: Dramatické dny února 1948 [Die dramatischen Tage des Februar 1948]. Praha 1973, 223.

richtete kommunistische Außenminister Vlado Clementis war, der Ripka über Arnošt Heidrich, den antikommunistisch eingestellten Generalsekretär des Außenministeriums, vor diesem Verrat warnte und ihm so zu einem zweiten erfolgreichen Versuch verhalf⁴⁴.

Wie aus den vorliegenden amerikanischen Akten zu ersehen ist, hatten die britische Botschaft und das britische Kulturinstitut bereits in den Tagen des Umsturzes drei Flüchtlinge auf dem Weg in die Emigration nach Großbritannien Beistand geleistet⁴⁵. Ohne daß bislang Details offengelegt worden sind, läßt sich aus den zugänglichen amerikanischen Quellen erkennen, daß zumal bei einigen besonders prominenten Gegnern des neuen Regimes vor allem die USA und ihre Repräsentanten in der Tschechoslowakei mit mehr oder minder großem Engagement aktiv geworden sind. Genannt sei hier Julius Firt, der in einer großen amerikanischen Limousine versteckt, über die Grenze geschmuggelt wurde⁴⁶. In recht aufwendigen und riskanten Operationen scheinen außerdem der bis zum Februarumsturz amtierende stellvertretende Ministerpräsident und Vorsitzende der nationalen Sozialisten Petr Zenkl sowie – wohl mit amerikanischer Hilfe – der bereits erwähnte Arnošt Heidrich außer Landes gebracht worden zu sein⁴⁷.

Ausländische Fluchthilfe und die des heimischen Widerstands griffen dabei teilweise unmittelbar ineinander über, wie auch etwa im Falle des Sozialdemokraten Blažej Vilím, der am 6. März 1948 nach einer zwischen seinen tschechischen Helfern und amerikanischen Stellen abgestimmten Aktion im Bereich von Černý Kříž die grüne Grenze nach Haidmühle in Bayern überschritt⁴⁸. Die westlichen Vertretungen wurden vom neuen Regime Gottwald daher aus einsichtigen Gründen einer strengen Überwachung unterzogen, die dazu führte, daß deren Verbindungen zu den ihr nahestehenden gesellschaftlichen Kreisen und politischen Kräften weitgehend zum Erliegen

⁴⁴ Vgl. die Aussage Peroutkas vom 15. 7. 1948 bei der Befragung im European Command Intelligence Center (ECIC). IFZ: OMGUS ODI 7/32–2/1–9.

⁴⁵ Vgl. den Bericht der Headquarters Sub-Region Tölz CIC Region V vom 25. 2. 1948: BayH-StA: OMGBY 10/89–3/1.

⁴⁶ Den Hinweis verdankt der Verfasser Herrn Dr. Martin K. Bachstein, dem Julius Firt die Umstände seiner Flucht erzählt hat.

⁴⁷ Zu einigen bekannt gewordenen Umständen der offenbar zunächst mit der Eisenbahn sowie per Lastkraftwagen und schließlich zu Fuß erfolgten Flucht Zenkls, die nach dessen eigener Aussage „das Werk tschechoslowakischer Partisanen“ gewesen sei, vgl. „Führer der Benesch-Partei in Bayern. Die abenteuerliche Flucht Dr. Zenkls/ČSR-Partisanen halfen? Frankenpost v. 11. 8. 1948.

⁴⁸ Wie aus den Akten hervorgeht, verfügten die amerikanischen Dienststellen über die Organisation der von tschechischen Widerstandsgruppen geleisteten Fluchthilfe und über deren Fluchtwege jedoch keine exakten Informationen. So hieß es in einer Stellungnahme des Office of Military Government for Bavaria (OMGB) vom 19. 3. 1948: „Information received from Capt. Larned, Region VI, 970th CIC, is that there is a definite link between the Czechs that have already arrived in the zone and those that are planning on coming. There have been many instances where they have found notes on new refugees from persons that have already passed the screening, telling them to follow the same route etc. Capt. Larned says that they have not yet discovered their means of communication.“ C.F. Blackman Research an Analysis Maloney Czech. Refugees, 19. 3. 1948. BayHStA: OMGBY 10/89 – 3/1.

kamen. Zu welcher Vorsicht sich die westlichen Botschaften veranlaßt sahen, ist aus den Erinnerungen von Ladislav Feierabend zu ersehen. Auf der Flucht vor seinen Bewachern und der kommunistischen Polizei hatte sich Feierabend zu dem ihm wohl-bekannten amerikanischen Legationssekretär Bruins gerettet. Dieser wollte ihn wegen seines diplomatischen Status als regimefeindliche Person auch nicht für eine einzige Nacht in seiner Villa aufnehmen und konnte sich dazu erst nach längerer Unterredung entschließen, nachdem ihn Feierabend davon überzeugt hatte, daß es um sein Leben ging⁴⁹.

Die ersten Fluchtwellen und die provisorische Anfangsphase der Aufnahme in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands

An eben demselben 24. Februar, als von amerikanischer Seite im Hinblick auf Flucht und Emigration erste Maßnahmen getroffen wurden, richtete in München der tschechische Journalist Pavel Tigrid ein Memorandum an die Militärregierung, in dem er darauf hinwies, daß im Falle einer kommunistischen Machtübernahme mit einem Zustrom politischer Flüchtlinge zu rechnen sei, von denen viele illegal die tschechoslowakisch-bayerische Grenze zu überschreiten versuchen würden⁵⁰. Tigrid war mit seinem Kollegen Edvard Bauer am 19. Februar nach seinen Angaben für journalistische Recherchen legal aus der ČSR ausgereist. Als Chefredakteur des *Vývoj* und der *Obzory*, zweier Zeitschriften der Volkspartei, hatte Tigrid couragierte Kritik an der KPTsch und ihrer Politik geübt. Bei Ministerpräsident Gottwald war er derart unliebsam aufgefallen, daß dieser ihn gegenüber Monsignore Hála neben Bohdan Chudoba als einen der beiden „bad people“ der Volkspartei bezeichnete, wie aus einem Bericht der amerikanischen Botschaft hervorgeht⁵¹. Nachdem Tigrid und sein Kollege am 23. 2. vom Rundfunk und der Presse in Prag bezichtigt worden waren, Verräter zu sein, die ihre Flucht geplant hätten und illegal über die Grenze geflohen seien, erledigte sich die Frage einer Rückkehr angesichts der Ereignisse in der Tschechoslowakei von selbst⁵². Pavel Tigrid und Edvard Bauer waren somit – ob sie eine solche Eventualität im vorhinein eingeplant hatten oder nicht – die allerersten Exulanten des Februarumsturzes. Bereits am 27. Februar gab Tigrid in Frankfurt am Main in einem Pressegespräch über den „Putsch“ in Prag eine Erklärung ab. „He hopes“, so der Bericht der Times, „to proceed to London shortly and speaks of the possibility of setting up a Czech committee in exile“⁵³.

Drei illegale Grenzgänger, im Jargon der amerikanischen Besatzungsbehörden IBCs (Illegal Border Crossers), die angaben, Vertreter einer „vierten“ – gemeint war wohl einer dritten – „Widerstandsbewegung“ zu sein, wurden bereits am 25. Februar vom Counter Intelligence Corps (CIC) einer „Interrogation“ unter-

⁴⁹ Feierabend: Prag-London vice-versa, Bd. 2, 502f.

⁵⁰ Pavel Tigrid, Memorandum, Munich, 24 Feb 48. BayHStA: OMGB 10/92-2/5.

⁵¹ The Ambassador in Czechoslovakia (Steinhardt) to the Secretary of State, Praha, 22. 10. 1947. FRUS 1947, Bd. 4, 236f.

⁵² So die Darstellung Tigrids in seinem Memorandum vom 24. 2. 1948.

⁵³ Refugee's Account – Former Ministers Under House Arrest. The Times v. 28. 2. 1948.

zogen⁵⁴. Richtlinien, nach denen die mit dem Empfang und der Versorgung der Flüchtlinge beauftragten US-Einheiten vorgehen sollten, lagen zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor. In einem Memorandum vom folgenden Tag prognostizierte der Direktor der Intelligence Division der Militärregierung, daß mit einer beträchtlichen Zahl politischer Flüchtlinge zu rechnen sei. Er stellte zugleich fest, daß zwar um Instruktionen gebeten worden sei, bislang jedoch noch keine erteilt worden wären⁵⁵. Erste, noch sehr allgemein formulierte Direktiven an die zuständigen amerikanischen Einheiten erfolgten am 27. Februar durch Murray D. Van Wagoner, den Land Director der Militärregierung für Bayern. Sie sahen vor, daß alle Flüchtlinge ohne Verzögerung zunächst dem CIC zum "Screening" zu übergeben seien. Jene, welche diese Befragungsprozedur durchlaufen hatten, sollten an die örtlichen deutschen Behörden "for customary refugee treatment" weitergeleitet und nicht als illegale Grenzgänger behandelt werden. Ein "special handling" war hingegen für bestimmte prominente Personen vorgesehen, die nach ihrer Flucht umgehend der Intelligence Division der Militärregierung in Bayern zu melden waren⁵⁶. Am selben Tage erteilte er auch dem bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard die Anweisung, "that appropriate refugee officials in Bavaria be notified to make adequate provision for the reception of these persons in an orderly and humane manner."⁵⁷

Obwohl die Maßnahmen zur Sicherung der Grenze nach ihrer Schließung vom 23. Februar noch sehr provisorisch waren, überschritten in den Tagen unmittelbar nach der kommunistischen Machtergreifung und der damit einhergehenden Säuberungswelle nur vergleichsweise wenige Flüchtlinge die grüne Grenze. Nach der Einschätzung durch Charles B. Rovin, den Chef der Flüchtlingsabteilung der Public Welfare Branch der Militärregierung für Bayern, erklärte sich diese Verzögerung zum einen durch den Umstand, daß viele von den Fluchtwilligen aus der Slowakei zu erwarten waren und einen dementsprechend weiten Weg vor sich hatten. Zum anderen, so Rovin, brauchten diejenigen, die aus den übrigen Landesteilen zu fliehen vorhatten, gleichfalls einige Tage, um die notwendigen Vorkehrungen zu treffen⁵⁸.

Fast alle, die aus Prag und den entfernteren Landesteilen über die Grenze nach Bayern zu fliehen beabsichtigten, waren in der Tat vor erhebliche logistische Probleme gestellt. Wie aus den vorliegenden Zeugnissen ersichtlich, fuhren die Fluchtwilligen im allgemeinen per Bahn oder per Auto so weit wie ratsam und möglich an die Landes-

⁵⁴ Bericht Headquarters Sub-Region Tölz, CIC Region IV, vom 25.2.1948. BayHStA: OMGBY 10/89-3/1.

⁵⁵ R. C. Martindale, Director Intelligence Div., Memo for Record, 26.2.1948. BayHStA: OMGBY 10/92-2-5.

⁵⁶ Van Wagoner an Commanding Officer, Company „B“, 3rd MG Regt, Nurnberg; Company „D“, 3rd MG Regt, Regensburg; Company „E“, 3rd MG Regt, Munich, 27.2.1948. BayHStA: OMGBY 10/89-3/1.

⁵⁷ Land Director Murray D. Van Wagoner an Minister President for Bavaria Ehard, 3.3.1948; mit dem Schreiben bestätigte der Land Director in schriftlicher Form die am 27.2. in seinem Auftrage von Albert C. Schweizer, dem Direktor der Civil Administration Division, gegenüber dem Ministerpräsidenten gegebenen Anweisungen. BayHStA: StK 130 816.

⁵⁸ Charles B. Rovin, Chief Refugee Sec. Public Welfare Br., an Land Director OMGB, Influx of Refugees from Czechoslovakia: 2.3.1948. BayHStA: OMGBY 10/91-2/5.

grenze heran. Von dort überquerten sie diese zu Fuß oder wegen des starken Schneefalls auf Skiern, zumeist unter Zuhilfenahme bezahlter Führer, unter denen sich auch ortskundige Sudetendeutsche befanden. Sowohl in den ersten Tagen nach dem Umsturz als auch in der Folgezeit war es für die in unmittelbarer Grenznähe lebenden Regime- und Systemgegner vergleichsweise leicht, die Grenze zu überschreiten. Bereits am 27. Februar flohen der stellvertretende Bürgermeister sowie der Kriminaloberinspektor Marienbads (Mariánské Lázně), ersterer ein Mitglied der Tschechoslowakischen nationalen Sozialisten, bei Waldsassen über die grüne Grenze⁵⁹. Unter den ersten Flüchtlingen befanden sich aus diesem Grunde auch Angehörige der tschechoslowakischen Grenzsicherungs- und Zollorgane, die umgehend einer Säuberung unterzogen und mit Kräften ergänzt und verstärkt wurden, die dem neuen Regime ergeben waren. In ihrer Meldung „Tschechen flüchten nach der USA-Zone“ berichtete am 28.2.1948 die in Hof erscheinende *Frankenpost*, daß die in Marktredwitz stationierte bayerische Grenzpolizei, die für die Sicherheit von etwa einem Drittel der deutsch-tschechoslowakischen Grenze zuständig war, fünfundzwanzig politische Flüchtlinge – darunter Redakteure, Bürgermeister, Polizeibeamte und Soldaten – festgenommen und den zuständigen amerikanischen Dienststellen „als Ausländer zur Aburteilung überwiesen“ habe⁶⁰.

Die extrem schwankenden statistischen Angaben über die Fluchtbewegung in dieser frühesten Phase illustrieren, wie unsystematisch und wenig abgestimmt zu diesem Zeitpunkt das Aufnahmeverfahren durch die US-Behörden war. Hieß es im Bericht der Intelligence Division vom 1. März, daß mindestens 28 Personen seit dem 24. Februar von der Tschechoslowakei nach Bayern geflohen seien⁶¹, ging Rovin in seiner Mitteilung an den Land Director am 2. März davon aus, daß über fünfhundert, wahrscheinlich aber weniger als tausend Personen in den letzten Tagen von der ČSR nach Bayern gekommen seien⁶². Nach dem vom selben Tag datierten Bericht der Intelligence Division der Militärregierung hatten – „from all sources available“ – ungefähr zweihundert Personen seit dem Coup die bayerische Grenze überschritten⁶³. In Anbetracht der winterlichen Verhältnisse – im Böhmer- bzw. im Bayerischen Wald lagen um diese Zeit zwei Meter Schnee – erfolgte der illegale Übertritt vor allem in der nördlichen Oberpfalz. Und dies zumeist während der Nacht.

⁵⁹ Staatsministerium des Innern, Bayer. Landesgrenzpolizeidirektion an OMGB, Public Safety-Border Police, Att: Captain Rohan. Illegal crossing of border from the CSR 27.2.1948. BayHStA: OMGBY 10/89–2/30.

⁶⁰ Die betreffenden Aktenbestände des bayerischen Innenministeriums, d.h. die Monatsberichte der bayerischen Landesgrenzpolizei, aus denen sich die genauen Zahlen der von den deutschen Behörden erfaßten illegalen Grenzgänger aus der Tschechoslowakei erfassen ließe, sind im Bayerischen Hauptstaatsarchiv offenbar erst für den Zeitraum ab 1.11.1950 erhalten. BayHStA: Mlnn 80308.

⁶¹ R. C. Martindale, Director Intelligence Div., an Land Director OGMB: Refugees from the Communist Government in Czechoslovakia, 1.3.1948. BayHStA: OMGBY 10/89–3/1.

⁶² Charles B. Rovin, Refugee Sec. Public Welfare Br., an Land Director OMGB: Influx of Refugees from Czechoslovakia, 2.3.1948. BayHStA: OMGBY 10/91–2/5.

⁶³ R. C. Martindale, Director Intelligence Division, an Land Director Att: Mr. Kennedy. 2.3.1948. BayHStA: OMGBY 10/92–2/5.

Mit ihrem Staatsstreich, der auf die völlige Aus- und Gleichschaltung der eigenständigen Elemente der bürgerlichen und kleinbürgerlichen tschechischen und slowakischen Politik und Gesellschaft hinauslief, löste die kommunistische Regierung Gottwald einen nur scheinbar paradoxen Trend gegenläufiger Mobilisierung aus. Auch wenn die veröffentlichten Zahlenangaben nur mit Vorbehalt zu bewerten sind, so steht doch fest, daß aus Gründen, die im Zusammenhang der vorliegenden Studie nicht zu untersuchen sind, die Erringung des absoluten Machtmonopols der KPTsch zunächst einen großen Zulauf an neuen Mitgliedern einbrachte, welche die Gunst der Stunde zu nutzen trachteten. So schlossen sich nach Aussage des *Rudé právo* in der Zeit von Ende Januar bis März 1948 190 138 neue Mitglieder der KPTsch an⁶⁴.

Zur selben Zeit flohen jedoch nicht nur prominente und unmittelbare Gegenspieler der Kommunisten wie Minister, Abgeordnete, Soldaten, Beamte und Journalisten, sondern von Anbeginn der kommunistischen Alleinherrschaft auch „unbekannte“ Regime- und Systemgegner gleichermaßen. Wie sich bereits in den allerersten Tagen der Fluchtbewegung abzeichnete und wie dies erst recht für deren späteren Verlauf zutreffen sollte, überwogen letztere dabei zahlenmäßig bei weitem. In einem Bericht des CIC vom 2. März 1948 wurde – auf der Grundlage der Befragung von 200 Personen – zirka 20% der Betroffenen „some prominence“ zugesprochen. Etwa 80% der Befragten wurden für ihre Flucht zwar „sound political reasons“ unterstellt, doch galten sie nach Einschätzung des CIC als „not prominent in political life“⁶⁵. Die Frage, wie beide Personengruppen jeweils behandelt werden sollten, führte in dieser frühesten Phase der Fluchtbewegung bei den amerikanischen Besatzungsbehörden zu Unstimmigkeiten, die nicht zuletzt die mangelnde Koordination zwischen den verschiedenen Stellen widerspiegelte. Ein Grund für Mißverständnisse bestand ohne Zweifel in der Anweisung von Militärgouverneur General Lucius D. Clay, Instruktionen aus Geheimhaltungsgründen soweit wie möglich nur verbal zu erteilen und schriftliche Äußerungen nach Erhalt zum Teil sogleich zu vernichten⁶⁶.

Die Unstimmigkeiten, die in der Anfangsphase auftraten, resultierten jedoch auch aus grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten. Das CIC – unmittelbar dem European Command in Frankfurt am Main unterstellt – erteilte in einem am 26. Februar in

⁶⁴ Hier nach The Times v. 17. 3. 1948.

⁶⁵ R. C. Martindale, Director Intelligence Division, an Land Director Attn: Mr. Kennedy. Subject: Border Crossings. München, 2. 3. 1948. BayHStA: OMGBY 10/89–3/1.

⁶⁶ Vgl. Schreiben George P. Hays, Deputy Military Governor, an Charles M. La Follette, Director, Land Wuertemberg-Baden, 27. 3. 1948. Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStASt): OMGBW 12/226–3/1. Ein besonderes Problem stellte in diesem Zusammenhang das Verfahren mündlicher Instruktionen gegenüber der deutschen Zivilverwaltung dar. So forderte der hessische Ministerpräsident Christian Stock am 10. April 1948 von OMGUS Berlin eine schriftliche Anordnung an, um somit zusätzlich zu den ihm verbal erteilten Anweisungen eine gesetzliche eindeutige Handhabe für die Aufnahme gerade auch der tschechischen und slowakischen Februarflüchtlinge zu erhalten. Die Bitte wurde von OMGUS Berlin abschlägig beschieden. Vgl. dazu das Schreiben von Ministerpräsident Stock an James R. Newman, Direktor der Militärregierung für Hessen, vom 10. 4. 1948, Hessisches Hauptstaatsarchiv (HHStA): OMGH 8/69–1/6 und George P. Hays, Deputy Military Governor, an James R. Newman, Office of Military Government for Hesse (OMGH), 20. 4. 1948, HHStA: OMGH 8/69–1/6.

Selb abgehaltenen Briefing von etwa 80 "Special Agents" erste Richtlinien. Diese Agenten, die für die "Special Operation" der Aufnahme der Putschflüchtlinge eingesetzt werden sollten, hatten die Aufgabe, "to work with the police agencies concerned and intercept, interrogate, classify and segregate Czech nationals fleeing from CSR as a result from political situation." Ihnen oblag es, die Flüchtlinge einer "classification into two groups" zu unterziehen: "High Level and Low Level. High Level were certain top flight personages who were to be treated with extreme courtesy, care, food, clothing and be personally escorted to the rear for further interrogation by top level CIC personell at Frankfurt [...] Low Level persons, after screening, were to be turned over to MG for »preferential treatment«." Die Agenten wurden angewiesen, von ihren Waffen nur im extremen Notfall Gebrauch zu machen und bei der "Special Operation" mit der deutschen Polizei eher zusammenzuarbeiten als sie zu überwachen. "Agents were also instructed," so der Bericht des Military Government Liaison & Security Office des Landkreises Rehau und Stadtkreises Selb, "to assume a sympathetic attitude toward the person crossing the Border in flight, with particular emphasis on the High Level category who were in possession of indentifying pass words and who were to be evacuated with all due caution"⁶⁷.

Unter Vorzugsbehandlung wurde vom CIC zunächst offensichtlich eine Unterbringung und Versorgung in amerikanischer Regie verstanden. Das CIC – für die High Level Category in jedem Falle zuständig – setzte sich für eine bevorzugte Behandlung aller tschechischen und slowakischen Februarflüchtlinge ein. In den Diskussionen mit Mitarbeitern der Militärregierung verwies einer seiner Vertreter unverblümt auf die Gefahr, wonach die Flüchtlinge, sollte ihnen eine solche Vorzugsbehandlung nicht zuteil werden, enttäuscht sein würden und die ganze Operation scheitern lassen könnten⁶⁸.

Dies war allerdings ein Verfahren, dem gegenüber sich die Vertreter der amerikanischen Militärregierung in Bayern energisch zur Wehr setzten. Der Deputy Land Director Bolds gab die Anweisung, daß den Flüchtlingen grundsätzlich nur "refugee treatment" zustände und für sie kein "red carpet" auszurollen sei. "Preferential treatment" sollte nach Rückfrage im Frankfurter Hauptquartier nur für die sogenannten "High Level Category" der Prominenten anzuwenden sein und nicht auf die "Low Level Category" der nicht-prominenten, sozusagen namenlosen und unbekannten Flüchtlinge. Aus der Sicht der Militärregierung war die auf einer generellen Anwendung einer bevorzugten Behandlung basierende Interpretation des CIC demnach "incorrect"⁶⁹.

⁶⁷ Alvin S. Adams, Major, Director Military Government Liaison & Security Office Det B-258, Landkreis Rehaus & Stadtkreis Selb, Periodic Report – Special Operation, 2.3.1948. BayHStA: OMGBY 10/89–3/1.

⁶⁸ E b e n d a. Im Bericht heißt es über die Flüchtlinge: "There was evidence of alarm by CIC that if the people coming over were not given preferential treatment, that they might become disgruntled and »blow the operation«."

⁶⁹ E b e n a. Military Government Liaison & Security Office Det B-258, Landkreis Rehau & Stadtkreis Selb, Periodic Report – Special Operation – Period 1–3 March 1948, 4.3.1948. BayHStA: OMGBY 10/89–3/1.

Nachdem mehrfach versucht worden war, zwischen der Militärregierung und dem European Command eine gemeinsame Abstimmung herbeizuführen, erfolgte am 8. März 1948 mit der von Land Director Van Wagoner erlassenen Instruktion "Treatment of Incoming Czechoslovak Nationals" schließlich eine erste Grundsatzentscheidung und Klarstellung⁷⁰. Die neue Anweisung schrieb allerdings im wesentlichen die bereits am 27. Februar erlassenen Richtlinien fort und erbrachte lediglich in zweitrangigen Fragen wie hinsichtlich mitgeführter Geldmittel einige neue Bestimmungen. Festgestellt wurde, daß die nach Bayern fliehenden "Czechoslovak Nationals" einen Anspruch auf den Status von "United Nations Nationals" hätten. Für eine Betreuung durch die International Refugee Organization (IRO) kämen sie allerdings nicht in Betracht, da sie erst nach dem von Militärgouverneur General Lucius D. Clay in der sogenannten "Freeze Order" festgesetzten Datum vom 21. April 1947 in die US-Zone gekommen seien. Wie die sechs Punkte umfassende Regelung vorsah, sollten die tschechischen und slowakischen Flüchtlinge – falls ihnen keine kriminellen oder subversiven Absichten nachgewiesen werden konnten – nicht als illegale Grenzgänger behandelt werden. Die bayerische Flüchtlingsverwaltung wurde angewiesen, die "Czechoslovak nationals" zu den gleichen Konditionen zu betreuen wie die deutschen Flüchtlinge auch, mit der Maßgabe jedoch, daß sie nicht in denselben Lagern wie die Sudetendeutschen untergebracht werden sollten. Bis auf weiteres waren sie, wie schon zuvor, nach dem Screening durch das CIC der deutschen „Ökonomie“ und Flüchtlingsverwaltung zuzuführen. Die besondere Behandlung der als prominent eingestufteten Flüchtlinge sowie die Unterscheidung einer "High Level" und "Low Level Category" fand in der Instruktion ebensowenig eine Erwähnung wie die Frage des "preferential treatment".

Obwohl die Frage der Unterbringung und Versorgung der tschechischen und slowakischen Flüchtlinge von der Größenordnung her für die amerikanischen Besatzungsbehörden zunächst von untergeordneter Bedeutung war, erwies sie sich dennoch von außerordentlicher Brisanz. Und dies nicht nur im Blick auf den Status, der ihnen zuerkannt werden sollte bzw. konnte. Hinzu kamen die Probleme, die sich aus der Zuständigkeit der deutschen Behörden für die im Sinne einer gleichgestellten Behandlung mit den deutschen Flüchtlingen als "Low Level Category" eingestuften Personen ergaben. "The Germans," so äußerte der Direktor der Intelligence Division in einem Bericht vom 3. März über die von den deutschen Behörden getroffenen Maßnahmen hinsichtlich des von den tschechischen Flüchtlingen mitgebrachten Eigentums, "are relieving the Czechs of all their valuables. Where they go is not known." Seiner Frage, ob die Militärregierung die von deutscher bzw. bayerischer Seite verwalteten Flüchtlingslager zwingen könnte, den tschechischen Flüchtlingen "preferential treatment" zu gewähren, fügte er die Feststellung hinzu: "Germans are mistreating and ridiculing them."⁷¹

Es war abzusehen, daß die Flucht der Tschechen in das zerstörte Nachkriegsdeutschland und die unerwartet schnelle Wiederbegegnung mit den „abgeschobenen“

⁷⁰ Murray D. Van Wagoner, Land Director OMGB, Treatment of Incoming Czechoslovak Nationals, 8. 3. 1948. BayHStA: OMGBY 15/102-1/5.

⁷¹ R. C. Martindale, Director Intelligence Div, an Public Welfare Branch, 3. 3. 1948. BayHStA: OMGBY 10/89-3/1.

Sudetendeutschen nach all den wechselseitigen traumatischen Erfahrungen der unmittelbaren Vergangenheit und angesichts aller gegenseitig aufgestauten kollektiven Ängste und Ressentiments zu erheblichen Friktionen und Problemen führen mußte. Die in der Frage der komplizierten Beziehung zwischen Tschechen und Sudetendeutschen ebenso erfahrene wie sensibilisierte Londoner Times stellte in ihrem bereits erwähnten Bericht vom 28. 2. 1948 ausdrücklich fest: "Events in Prague call attention to the large concentration in the American zone of Sudeten Germans who, since being expelled, have endeavoured to maintain their ethnic and political identity."⁷² Die Frage der vertriebenen Sudetendeutschen stellte für die westlichen Alliierten aber auch insofern ein Politikum dar, als die KPTsch und ihre Bundesgenossen das Regime der „wiedergeborenen Nationalen Front“ nicht zuletzt unter Hinweis auf die angeblich von Deutschland und den Sudetendeutschen ausgehende Gefahr zu rechtfertigen trachteten. Um die neue Regierung Gottwald vor der westlichen Öffentlichkeit zu legitimieren, war eigens der mit den Kommunisten kollaborierende Sozialdemokrat General Bohuslav Ečer nach London entsandt worden. Am selben Tage, als Pavel Tigrid in Frankfurt am Main in einer ersten öffentlichen Stellungnahme des "třetí odboj" (d. h. des „dritten Widerstandes“) das kommunistische Regime anprangerte, gab Ečer in der britischen Hauptstadt eine Pressekonferenz, in der er zu der „Krise“ in der Tschechoslowakei ausführte: "Its real cause was the feeling of the people that they did not have an effective Government at a time when Germany was rising again and the Sudeten Germans were organizing in Munich."⁷³

Das Interesse der amerikanischen Besatzungsbehörden galt daher aus Gründen der inneren Sicherheit und im Blick auf die außenpolitische wie internationale Dimension der Problematik nicht nur den "«grass root» reactions" der eingesessenen bayerischen Bevölkerung auf die kommunistische Machtergreifung in der benachbarten ČSR, sondern insbesondere auch der Einstellung der vertriebenen und verbitterten Sudeten- deutschen. Was die Stimmung in der Bevölkerung Bayerns insgesamt anbelangte, sah sich ein großer Teil der Befragten in der Überzeugung bestätigt, wonach der Putsch nur die Unaufhebbarkeit des Ost-West-Gegensatzes demonstriert habe. Kritik an der Politik der Vereinigten Staaten und Kriegsangst manifestierten sich dabei ebenso wie die Bereitschaft, an der Seite des Westens und der USA gegen den Kommunismus zu kämpfen. In den an die ČSR grenzenden Bezirken war darüber hinaus eine voraus- eilend-opportunistische Anpassungswilligkeit gegenüber den lokalen Größen der KPD für den Fall einer Invasion aus dem Osten zu registrieren⁷⁴.

Das Aufeinandertreffen der ungleichen Nachbarn scheint indes zumindest punktuell schon in dieser frühen und schwierigen Phase der friedlichen Wiederbegegnung

⁷² Refugee's Account, The Times v. 28. 2. 1948.

⁷³ Sudeten Germans, The Times v. 28. 2. 1948.

⁷⁴ Donald T. Shea, Chief Analysis Branch Intel. Div.: Memorandum for Mr. Martindale, Director, Intel. Div., OMGB, 2. 3. 1948. BayHStA, OMGBY 10/89-3/1; dazu außerdem ein vom 28. 2. 1948 aus Günzburg datierter Bericht "Communism in Czechoslovakia", BayHStA: OMGBY 10/89-3/1, sowie ein unter dem Stichwort Security "Czech Nationals Seek Refuge" betitelter, hier undatierter Text vom Anfang März in BayHStA: OMGBY 10/89-2/30.

auf beiden Seiten auch positive Reaktionen bewirkt zu haben. "Several Czechs made the remark," so der Bericht einer amerikanischen Dienststelle vom 1. April 1948, "that they had not liked Germans in the past but now they have changed their minds since they have been treated very kindly by farmers in this Zone after having crossed the border."⁷⁵

Im Vergleich dazu fielen die von den amerikanischen Besatzungsbehörden verzeichneten Reaktionen der entwurzelten und in die Diaspora der Vertreibung zerstreuten Sudetendeutschen verständlicherweise erheblich härter und abweisender aus. Wie sehr diese von tiefer Verletzung und Verzweiflung, aber auch von trotziger Hoffnung bestimmt waren, läßt eine von Anfang März stammende Einschätzung der amerikanischen Behörden erkennen: "Meanwhile the Sudeten Germans expelled from Czechoslovakia greet the recent Communist coup with satisfaction: they can now jeer at some of the Czech nationals who remained at home while they were dispossessed and driven out, and, more important, war between U. S. and Russia now becomes (in their opinion) only a matter of months. Such a war, they believe, can result in the restoration of their old homes and property to them – and at least they can't be much worse off in any event than they now are. Also, having been given the »could shoulder« by the native Bavarians, they now enjoy seeing the natives worry about the possibility of being also dispossessed of their property and liberty by the Communist menace over the border."⁷⁶

In Regensburg, wo Gruppen von Sudetendeutschen auf offener Straße über neu eingetroffene tschechische Flüchtlinge herzogen, mußten deren Lager von Polizei bewacht und den Insassen der Rat erteilt werden, nachts nicht allein auszugehen⁷⁷. Auch wenn die Verbitterung der Sudetendeutschen von den amerikanischen Besatzungsbehörden ernsthaft in Betracht gezogen wurde, sahen sie dennoch keine Gefahr für wirklich schwerwiegende Konflikte und Konsequenzen. "While the German Sudeten refugees," so der erwähnte Bericht von Anfang März 1948, "can be expected to exhibit some hostility towards the CSR nationals, it is unlikely that this will become a serious threat to internal security."⁷⁸

Der Ort, wo die Gegensätze zwischen den vertriebenen Sudetendeutschen und den geflüchteten und flüchtenden Tschechen für die amerikanische Militärregierung allerdings ein Problem besonderer Art darstellte, waren die Flüchtlingslager. Dort begegneten sich in der Phase unmittelbar nach dem Februarumsturz die alten Kohabitanten und Kontrahenten Böhmens und der böhmischen Länder unverhofft und höchst widerwillig auf engstem Raume und unter schwierigen Umständen. Um den daraus

⁷⁵ Security – D-310 – Wolfstein, 1.4.1948. BayHStA: OMGBY 10/89–2/30.

⁷⁶ E b e n d a. In der kurzen, vom 28.2.1948 aus Günzburg übermittelten Lagebeurteilung (BayHStA: OMGBY 10/89–3/1), hieß es hierzu: "A large part of the refugees coming from Czechoslovakia view developments with considerable satisfaction since they are reported as wishing for general disturbances and turmoil there. This attitude on their part is caused mostly by a feeling of revenge against those who caused them to be evicted from their homes."

⁷⁷ Charles B. Rovin, Ref & DP Sec. Public Welfare & DP Br, an Martindale Director Intelligence Division, 9.3.1948. BayHStA: OMGBY 10/89–3/1.

⁷⁸ E b e n d a.

resultierenden Konflikten entgegenzusteuern, wurde von vornherein versucht, Sammelstellen einzurichten, die ausschließlich für Tschechen und Slowaken gedacht waren. Für diesen Zweck wurde von den Militärbehörden die zuvor schon von deutschen und insbesondere von sudetendeutschen Flüchtlingen und Vertriebenen belegte Goethe-Schule in Regensburg bestimmt, die über eine Aufnahmekapazität von fünfhundert bis sechshundert Personen verfügte; hinzu kam außerdem das für illegale Grenzgänger bestimmte Lager Hof-Moschendorf, wo eine Separierung von deutschen Lagerbewohnern allerdings nicht gewährleistet war, sowie ein für die Aufnahme von 60 Personen vorgesehenes Hotel in Deggendorf⁷⁹.

Daß das ungewollte Zusammentreffen in Lagern und in deren näherem Umfeld zu Reibungen und gegenseitigen Abstoßungen führen mußte, war den Vertretern der Besatzungsmacht bewußt. "CIC advises", so hieß es vorsorglich in einem Bericht vom 4. März aus dem an der bayerisch-tschechoslowakischen Grenze gelegenen Rehau, "that a guide who escorted a truck load of Low Level persons to Camp Moschendorf (Hof) reports that the Czech nationals are being quartered in the same area as are Sudeten Deutsche. Want to make this a matter of record in case there is any trouble in the future."⁸⁰ Ein besonderer Vermerk über die Reaktion einer vierköpfigen tschechischen Flüchtlingsfamilie auf ihre Aufnahme nach Überschreitung der Grenze und ihre am selben Tage erfolgte Verbringung in das für illegale Grenzgänger bestimmte Aufnahmelager Moschendorf illustriert überaus anschaulich den Schock des Zusammentreffens mit den Deutschen und Sudetendeutschen: "The man was distracted because none of them had been given food or drink since they crossed the border. His wife and children were crying and there were nothing but Germans in their area of the Camp."⁸¹

Der Schock und die Unzufriedenheit der tschechischen Flüchtlinge resultierte freilich nicht allein aus der Feindseligkeit und dem Spott der abgeschobenen Sudetendeutschen, mit denen sie unversehens ein ähnliches Schicksal teilten. Wie aus demselben Bericht eindringlich hervorgeht, fühlten sie sich auch von seiten der Amerikaner nicht angemessen behandelt: "Public Welfare Branch notes that Czechs at the Regensburg collection center complain about receiving the same treatment accorded German refugees and state the 1 March 48 'Voice of America' radio program practically invited them to come to the U.S. Zone by stating that some of their political leaders have formed committees here and were awaiting them. A British broadcast gave similar information, they state. CIC interrogation established that this complaint and statements

⁷⁹ Charles B. Rovin, Refugee Sec. Public Welfare Br., an Land Director OMGB, 2.3.1948. BayHStA: OMGBY 10/92-2/5 und Stanley M. Gould, Investigation and Enforcement Branch Region IV, an OMGB, Chief Investigation and Enforcement Branch: Memorandum on Visit to Regensburg, 4.3.1948. BayHStA: OMGBY 10/89-3/1.

⁸⁰ Alvin S. Adams, Director Military Government Liaison & Security Office Det B-258, Landkreis Rehau & Stadtkreis Selb, Periodic Report- Special Operation - Period 1-3 March, 4.3.1948, an: Director OMGB. BayHStA: OMGBY 10/89-3/1; dazu auch Alexander F. Warshall, Welfare Refugee Officer for Regierungsbezirk Oberfranken, Weekly Report, an: OMGB, Att. Mr. Rovin 1.3.1948. BayHStA: OMGBY 13/101-2/15.

⁸¹ Ebenda.

about the broadcasts were not isolated cases but widely held among the CSR nationals at Regensburg.⁸² Mit dem am 14. April 1948 in London gegründeten Czechoslovak Relief Committee for Political Refugees und dem zwei Tage später in Wiesbaden ins Leben gerufenen Czechoslovak Democratic Relief Committee begannen die tschechischen und slowakischen Februarflüchtlinge sehr bald, sich in der neuen Situation des Asyls und der Emigration zu organisieren und sich für die Vertretung ihrer Interessen eine übergeordnete Plattform zu verschaffen⁸³.

Die Verhältnisse im Illegalen-Lager Moschendorf wurden auch von deutscher Seite scharf kritisiert. Am 21. Februar, kurz vor dem Umsturz also, hatte die Hofer Frankenpost die Verhältnisse in dem bayerischen Regierungslager zur Aufnahme von illegalen, vor allem aus der sowjetischen Besatzungszone kommenden Grenzgängern in einer schonungslosen Reportage an die Öffentlichkeit gebracht⁸⁴. Unter Bezugnahme auf diesen Bericht verglich der sozialdemokratische Abgeordnete Erich A. Behrlich in einer Sitzung des Bayerischen Landtags vom 3. März das Illegalen-Lager Moschendorf aufgrund der äußeren Umstände, d. h. wegen des Stacheldrahtverhaus, der nächtlichen Scheinwerferbeleuchtung und der Präsenz der Polizei, mit einem „Behelfsgefängnis“ oder gar mit einem Konzentrationslager⁸⁵. Bei derselben Gelegenheit sprach sich Behrlich, der von 1934 bis 1939 als Emigrant in der Tschechoslowakei und nach deren Zerschlagung in Schweden und Dänemark gelebt hatte, aber auch höchst kritisch über die „neue Art von Flüchtlingen“ aus, die der Februarumsturz über die Grenze nach Bayern strömen ließ. „Das sind demokratische Emigranten“, so der herbe Kommentar des aus Dresden stammenden Abgeordneten, „die sich diese Emigration hätten ersparen können, wenn sie selbst unerschütterlich am Prinzip der Duldsamkeit festgehalten hätten.“⁸⁶

Daß in der von materieller Not gekennzeichneten und von Emotionen aufgewühlten Situation der unmittelbaren Nachkriegszeit auch die Duldsamkeit der Deutschen und Sudetendeutschen erschöpft war, belegte nur allzu deutlich deren Reaktion auf die Aufnahme der tschechischen Flüchtlinge. In der Sitzung des Bayerischen Landtags vom 3. März wies Wolfgang Jaenicke, Staatssekretär für Flüchtlingsfragen, darauf hin, daß einer Mitteilung des Regierungsbeauftragten in Regensburg zufolge nach der kommunistischen Machtübernahme inzwischen 800 Menschen aus der

⁸² Security: Czech Nationals Seck Refuge. BayHStA: OMGBY 10/89-2/30; vgl. dazu auch die Mitteilungen von Charles B. Rovin an Mr. Martindale, Dir. Intel. Div. vom 9.3.1948. BayHStA: OMGBY 10/89-3/1.

⁸³ Vgl. dazu Hoffmann, Roland J.: Die Emigration aus der Tschechoslowakei, 1948-1956. Teil 1: Flucht und Aufnahme in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands. Darstellung und Dokumentation. Ms. S. 77 ff.

⁸⁴ Vgl. Krüger, Helmut F.: Hinter Stacheldraht in Moschendorf. Ein Mitarbeiter der „Frankenpost“ geht als Beobachter unter illegale Grenzgänger. Frankenpost v. 21.2.1948. Nach dem Bericht Krügers hielten sich zu diesem Zeitpunkt zirka 1000 Personen im Lager Moschendorf auf. Zum Lager Hof-Moschendorf vgl. außerdem: Kornrumpf, Martin: In Bayern angekommen. Die Eingliederung der Vertriebenen. Zahlen – Daten – Namen. München-Wien 1979, 142 ff.

⁸⁵ Verhandlungen des Bayerischen Landtags (I. Wahlperiode), II. Tagung 1947/48. Stenographische Berichte, Band 2, Teil 2, 985.

⁸⁶ Ebenda 986.

Tschechoslowakei nach Bayern gekommen seien und daß sich damit die Frage stelle, „was mit diesen Menschen geschehen soll“. Die Art und Weise, wie Jaenicke diese Frage beantwortete, war für die Einstellung der deutschen Bevölkerung ebenso wie für die Sichtweise von Politik und Verwaltung in dieser Phase durchaus repräsentativ. „Es ist doch ausgeschlossen“, so der Staatssekretär über die Aufnahme der tschechischen Flüchtlinge, „daß wir sie in Wohnräumen unserer überlasteten Bevölkerung unterbringen. Es ist auch ausgeschlossen, daß wir sie in Lager bringen, wo sich Sudetendeutsche befinden; dies ist nach all den schrecklichen Vorgängen, die sich der Tschechei abgespielt haben, ganz ausgeschlossen. Ich habe daher heute an die Militärregierung die schriftliche Bitte gerichtet, die Militärregierung möge doch erreichen, daß uns DP-Lager zur Verfügung gestellt werden, wo wir diese aus ihrem eigenen Vaterland geflüchteten Leute unterbringen können.“⁸⁷

Doch auch das Bestreben nach Isolierung und Ausgrenzung der tschechoslowakischen Flüchtlinge als Kollaboranten der Kommunisten machte sich auf deutscher Seite geltend. Wie die *Süddeutsche Zeitung* vom 23. März 1948 meldete, forderte die „Junge Union“ Oberpfalz in einer Entschließung die deutschen Regierungsstellen und die amerikanische Militärregierung auf, „alle tschechoslowakischen Flüchtlinge in Lagern zusammenzufassen und genauestens zu überprüfen, weil die Gefahr bestehe, daß diese »angeblich politischen Flüchtlinge den Bolschewismus nach Bayern tragen«. Zur Verhinderung eventueller Grenzzwischenfälle müßte eine 50 Kilometer breite Sperrzone entlang der deutsch-tschechischen Grenze errichtet werden, in der sich kein Flüchtling aufhalten dürfte.“⁸⁸

Das emotionsgeladene Thema kam am 13. Mai im Bayerischen Landtag abermals zur Sprache als ein von Fritz Linnert, einem eingessessenen bayerischen Abgeordneten der FDP, gestellter Antrag angenommen wurde. Dessen mit großer Mehrheit gebilligte Fassung lautete: „Die bayerische Staatsregierung wird aufgefordert, bei der Militärregierung sofortige Schritte zu unternehmen, damit für nach Bayern geflüchtete Tschechen kein Wohnraum in Privathäusern, Gaststätten oder öffentlichen Gebäuden beschlagnahmt wird.“⁸⁹ Der sozialdemokratische (aus Leipzig gebürtige) Abgeordnete Heinz Beck, der die Diktatur des Dritten Reiches seit 1936 im belgischen, französischen und Schweizer Exil überlebt hatte, stellte in dieser ebenso frühen wie hitzigen Asyldebatte des Bayerischen Landtags jedoch ausdrücklich fest: „Aber wir müssen das eine verlangen, daß wir, solange wir noch ein Stückchen Brot haben, es mit denen teilen, die bei uns Asyl suchen, wenn sie für die Freiheit, wenn auch mit Irrtümern, in ihrem eigenen Land gekämpft haben.“⁹⁰

Die Probleme der tschechischen Flüchtlinge in der amerikanischen Besatzungszone und insbesondere die Spannungen zwischen diesen und den sudetendeutschen Lagerinsassen, die sich auch im gemeinsamen Schicksal von Flucht und Vertreibung feindselig als Kriegsverlierer und Kriegsgewinner gegenüberstanden, fanden sehr schnell in

⁸⁷ Ebenda 999.

⁸⁸ Tschechoslowakische Exilregierung? *Süddeutsche Zeitung* v. 23. 3. 1948.

⁸⁹ Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 71. Sitzung, 13. 5. 1948, 1456–1458. Vgl. dazu auch den Bericht „Tschechenflüchtlinge und Asylrecht“ in der *Süddeutschen Zeitung* v. 25. 5. 1948.

⁹⁰ Ebenda 1458.

der amerikanischen Presse ein weithallendes Echo. Die New York Times schilderte am 7. März in einer eigenen Reportage die Verhältnisse im Lager Moschendorf, das in der Zeit des Dritten Reiches für Zwangsarbeiter und nach dessen Zusammenbruch für deutsche Kriegsgefangene gedient hatte und das anschließend für vertriebene Deutsche sowie illegale Grenzgänger und nunmehr auch für tschechische und slowakische Februarflüchtlinge genutzt wurde⁹¹. Maßnahmen, die, wie in den Instruktionen Van Wagoners vom 8. März vorgesehen, der räumlichen Entflechtung dienten – so eine erste provisorische Verlegung der tschechischen Flüchtlinge in das Lager Schwabach bei Nürnberg –, waren nur eine erste konkrete Maßnahme, mit denen die amerikanischen Militärbehörden die Situation in den Griff zu bekommen trachteten⁹².

In einem sechs Punkte umfassenden Memorandum forderte Walter Schoenstedt, der Welfare-Refugee Field Officer für den Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz, am 9. März eine Überprüfung der bislang im Hinblick auf die tschechischen und slowakischen Flüchtlinge eingeleiteten Maßnahmen⁹³. Er verwies dabei auf das politische und moralische Interesse der USA an diesen "voluntary immigrants" und zugleich auf die feindselige Einstellung der Deutschen. Er machte aber auch auf die mangelnde Bereitschaft der Februarflüchtlinge aufmerksam, sich in die deutschen Verhält-

⁹¹ McLaughlin, Kathleen: Czechs in Bavaria Protest on Care. Refugees Object to Being Put With Sudeten Germans in Camp for Exiles. The New York Times v. 7. 3. 1948. Vgl. in diesem Zusammenhang auch einen weiteren Bericht der New York Times über die Zustände im Lager Moschendorf vom 9. 3. 1948: "Germans, Czechs Clash" sowie den Artikel von Julia Edwards: Fear Seizes Refugees of Czech Regime. Herald Tribune v. 13. 3. 1948. Eine erste, ausgesprochen positive Stellungnahme tschechischer Flüchtlinge, zumindest was die Aufnahme durch die amerikanischen Behörden anbelangte, publizierte in der deutschen bzw. bayerischen Presse am 6. 3. 1948 die Süddeutsche Zeitung: Tschechische Minister in Bayern. SZ-Gespräch mit den jüngsten politischen Flüchtlingen.

⁹² Was die höchst schwierigen und unbefriedigenden Verhältnisse im Illegalen-Lager Moschendorf anbelangte, so widmeten diesem auch die ranghöchsten Vertreter der amerikanischen Besatzungsmacht ihre Aufmerksamkeit. General George P. Hays, der stellvertretende Militärgouverneur für Deutschland, fand sich am 11. Juni 1948 zu einer Besichtigung ein. Wenige Tage später, am 19. Juni 1948, inspizierte der Direktor der US-Militärregierung für Bayern, Murray D. Van Wagoner, das Lager, um insbesondere auch die Unterbringung der Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei zu kontrollieren. Vgl. General Hays in Hof, Besuch des Lagers Moschendorf, Frankenpost v. 12. 6. 1948 und Van Wagoner besuchte Hof. Er besichtigte das Lager Moschendorf (Frankenpost v. 23. 6. 1948). – Eine Woche nach dem Besuch des Chefs der amerikanischen Militärregierung für Bayern kam es zwischen den tschechoslowakischen und deutschen Lagerinsassen aufgrund eines nichtigen Anlasses, d. h. wegen eines Streits um ein Mädchen bei einer Tanzveranstaltung, zu schweren tätlichen Auseinandersetzungen. Während die deutsche Lagerleitung deshalb sogleich beim bayerischen Staatskommissar für das Flüchtlingswesen auf eine Verlegung der tschechoslowakischen Flüchtlinge drängte, wandte sich die tschechoslowakische Lagerleitung ebenfalls mit dem Wunsch um eine separate Unterbringung an die amerikanische Militärregierung. Der örtliche Flüchtlingskommissar der amerikanischen Militärregierung verfügte umgehend über die sofortige Verlegung aller 350 tschechoslowakischen Staatsangehörigen, die noch am selben Abend in einem Sonderzug in das unter der Verwaltung der IRO stehende Lager Schwabach verbracht wurden. Vgl. den Bericht „Messerstecherei in Moschendorf. Neun Verletzte/Alle 350 Tschechen nach Schwabach abtransportiert“. Frankenpost v. 31. 8. 1948.

⁹³ Walter Schoenstedt, Welfare-Refugee Officer, an OMBG Public Welfare Branch, Attn: Mr. Rovin, Voluntary Immigrants, 9. 3. 1948. BayHStA: OMGBY 15/102-2/14.

nisse zu integrieren und sich zumindest auch nur zeitweise für den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu engagieren. Da politische Aktivitäten der tschechoslowakischen Flüchtlinge und Emigranten zu erwarten und angesichts der Grenznähe die Herstellung von "undesirable underground channels to their home country" einzukalkulieren waren, plädierte Schoenstedt dafür, ihnen zu helfen, in westlichen Ländern Asyl zu finden. Als Sofortmaßnahme schlug der Welfare Refugee Officer vor, die Flüchtlinge zunächst aus dem bayerisch-böhmischen Grenzbereich möglichst nach Württemberg-Baden zu verbringen. Sowohl im Interesse der Flüchtlinge als auch im Sicherheitsinteresse der Amerikaner setzte sich Schoenstedt für eine Versorgung durch die US-Armee ein. Zudem plädierte er dafür, die bestehende Zuständigkeit der deutschen Behörden zu beenden und den an den Begriff der deutschen „Flüchtlinge“ erinnernden Terminus „Refugees“ zu vermeiden⁹⁴. „It should be realized“, so schloß Schoenstedt programmatisch seine Ausführungen, „that subject persons come across the border expecting to be met by at least a friendly attitude on the part of Military Government. They are extremely positive towards the United States and should be considered as Allied Nationals as well as potential exponents of the Western cause – which cannot be said of the majority of Sudeten-German »Flüchtlinge«.“⁹⁵

Am selben Tage, als Schoenstedt der Militärregierung für Bayern seine Vorschläge vorlegte, also unmittelbar vor dem Tode von Außenminister Jan Masaryk, der die politischen Verhältnisse in der Tschechoslowakei erneut in das Rampenlicht der internationalen Öffentlichkeit rückte, gab der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay, in Berlin eine Pressekonferenz. In deren Verlauf äußerte sich Clay erstmals auch öffentlich zum Thema der seit dem Februarsturz in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands kommenden Flüchtlinge. Seine Feststellungen ließen erkennen, daß die amerikanische Militärregierung in dieser

⁹⁴ Vgl. in diesem Zusammenhang auch das Protokoll einer Lagebesprechung vom 4. 3. 1948, an der für die amerikanische Militärregierung für Bayern Vertreter der Finance Division, Public Welfare Branch, Legal Division, Public Safety und Public Information teilnahmen: Meeting in Mr. Sim's Office, Topic of Discussion – Current Czech Border Crossers. BayHStA OMGBY 15/102–1/30. Zur Handhabung des Begriffs „Flüchtlinge“ in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands in der unmittelbaren Nachkriegszeit vgl. Kornumpf: In Bayern angekommen 52ff.

⁹⁵ Am 23. März 1948, als bereits 2000 „Czechoslovak Nationals“ in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands geflohen waren, resümierte Charles Rovin, der Leiter der Flüchtlings- und DP-Abteilung bei der Militärregierung für Bayern, noch einmal deren Klagen über die Gleichstellung mit den deutschen „Flüchtlingsen“ und die Spannungen mit den vertriebenen Sudetendeutschen. Nach Ansicht Rovins war abzusehen, daß einige der Beschwerden der Februarflüchtlinge „will reach interested organizations and individuals in the United States, and may result in criticism of Military Government policy.“ Um einer solchen Entwicklung zuvorzukommen, schlug er vor, „that if possible Czechoslovak nationals be concentrated in the western part of the US Zone in several large installations. These installations can retain German administration and responsibility but will permit internal camp administration by the Czechoslovak inmates and will provide an opportunity for interested organizations or individuals to supplement the German ration by gifts.“ Charles B. Rovin, Ref & DP Sec., Pub Welf & DP Branch, an Land Director OMGB, 23. 3. 1948, BayHStA: OMGBY 15/102–1/30. Vgl. dazu auch den vom 24. 3. 1948 datierten Bericht von Charles F. Blackman, an Anal Branch. BayHStA: OMGBY 10/89–3/1.

Frage noch über kein klares und einheitliches Konzept verfügte und daß die von ihr bislang ergriffenen Maßnahmen ausgesprochen provisorischen Charakter trugen. Mit der Frage konfrontiert, welche Politik von amerikanischer Seite gegenüber den tschechischen Flüchtlingen verfolgt werde, gab Clay die lapidare Antwort: "I don't know that we have a policy on Czech refugees, but if people from Czechoslovakia come into our zone, why there they are. We have no intention of searching them out and running them back." Auf die Zusatzfrage, ob die Flüchtlinge eine andere Behandlung erfahren würden als die "ordinary DP's", d. h. die sogenannten Displaced Persons⁹⁶, gab der Militärgouverneur zu verstehen, daß dies "under our present policy" nicht der Fall sei. "Those that come in have to live as any other visitors that come into Germany", lautete sein bündiger Kommentar. Sie hätten wohl Anspruch auf eine Bezugskarte und auf Unterbringung – Clay sprach in diesem Zusammenhang sehr unbestimmt von "some sort of billet accomodation" –, hätten aber ansonsten für ihren Lebensunterhalt selbst aufzukommen. Eine Betreuung der tschechischen und slowakischen Februarflüchtlinge durch die International Refugee Organization war zunächst auch weiterhin aufgrund der von General Clay erlassenen Freeze Order ausgeschlossen⁹⁷. Damit war eine politisch überaus heikle Frage aufgeworfen, die sich bis zu ihrer Beantwortung im Sommer 1948 als ein ebenso kompliziertes wie kontroverses Diskussionsthema in den Verhandlungen zwischen der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, dem State Department und dem amerikanischen Verteidigungsministerium einerseits sowie dem Foreign Office in London, dem Preparatory Committee of the International Refugee Organisation (PCIRO) in Genf und ihrer deutschen Vertretung in Bad Kissingen andererseits erweisen sollte⁹⁸. Bei der Berliner Pressekonferenz vom 9. März gab General Clay außerdem zu verstehen, daß die tschechoslowakischen Flüchtlinge, sofern sie über die erforderlichen Visa eines entsprechenden Aufnahme- bzw. Gastlandes verfügten, jederzeit die Ausreisegenehmigungen aus der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands erhalten würden. Während er gegen die Einrichtung eines "pure relief und benevolent committee" keine Einwände erhob, stellte er für die Militärregierung zugleich jedoch klar: "We certainly don't propose to permit political activities to be conducted in the US Zone while it is under the Army of Occupation, other than the normal German activities authorized."⁹⁹

Wenn General Clay auch den politischen Aspekt der Fluchtbewegung ansprach, so äußerte er sich verständlicherweise nicht über die interne Differenzierung und Separierung von High und Low Level Category Flüchtlingen und die damit verbundenen Implikationen. Die Frage stellte sich für ihn von vornherein schon insofern nicht, da

⁹⁶ Zum Thema der Displaced Persons vgl. Jacobmeyer, Wolfgang: Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951. Göttingen 1985 und Wyman, Mark: Europe's Displaced Persons. Philadelphia 1989.

⁹⁷ Vgl. Czech Refugees Face Ban in U. S. Zone Camps, The New York Times v. 14. 3. 1948.

⁹⁸ Vgl. dazu Hoffmann: Die Emigration aus der Tschechoslowakei, 1948–1956. Teil 1, 95–137; dazu neuerdings außerdem Salomon, Kim: Refugees in the Cold War. Toward a New International Refugee Regime in the Early Postwar Era. Lund 1991, 55–91.

⁹⁹ Die komplette Niederschrift der Pressekonferenz befindet sich in den Akten des Hauptstaatsarchivs Stuttgart: OMGWB 12/226/3/1. Vgl. dazu auch "Asylum to Czechs is Offered by Clay", The New York Times v. 10. 3. 1948.

die Flucht der prominenten antikommunistischen Regimegegner nach Deutschland nur eine zeitlich kurzfristig bemessene Durchgangsstufe ihrer weiteren Emigration in die Länder der westlichen Alliierten darstellte. Die High Category-Flüchtlinge, d. h. die im engeren Sinne des Wortes politischen und im Blick auf die Führung des Kalten Krieges als hochkarätig eingestuften Flüchtlinge, tangierten die Militärregierung für Bayern daher nur am Rande. Abgesehen davon, daß sie schon in quantitativer Hinsicht eine untergeordnete Rolle spielten und in die unmittelbare Zuständigkeit des Central Intelligence Corps fielen, wurden sie nach der ersten Aufnahmeprozedur in der Regel auf direktem Wege in das Hauptquartier des European Command nach Frankfurt am Main geschickt. In Oberursel, einem in der Nähe von Frankfurt am Main gelegenen Ort, im sogenannten Alaska-House von der Außenwelt hermetisch abgeschirmt, wurden die prominenten Flüchtlinge von führenden Mitarbeitern des European Command Intelligence Center (ECIC) einer intensiven Befragung unterzogen. Nach einem zumeist nicht langen Aufenthalt führte sie von hier aus der Weg unmittelbar in die Emigration, zumeist in die Vereinigten Staaten, nach Großbritannien oder Frankreich. Hier im Alaska-House fanden sich nach dem Schock der Niederlage gegen die KPTsch und der völligen Ausschaltung aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben erstmals die Mitglieder der Demissionsparteien zusammen, um sich in Freiheit und aller Offenheit über die Herausforderungen der neuen Situation und damit vor allem über die Probleme und Aufgaben eines „*třetí odboj*“, d. h. eines neuerlichen tschechoslowakischen Exils, zu beraten¹⁰⁰.

Im Gegensatz zu dem kleinen und elitären Zirkel der Prominenten oder als solchen klassifizierten stellte die Gruppe der nichtprominenten Flüchtlinge die amerikanische Militärregierung jedoch schon aufgrund ihres zahlenmäßig größeren Umfangs und ihres absehbaren weiteren Anwachsens vor erhebliche Schwierigkeiten. Dies galt besonders für die Militärregierung des unmittelbar an die Tschechoslowakei grenzenden und von der Fluchtwellen primär betroffenen Bayern. Wenn sie sich gegen ein pauschales „preferential treatment“ aussprach, so hatte sie dafür gewiß ihre besonderen Gründe. Sie war es, die in erster Linie gefordert war, da sie die in ihrem Gros über die tschechoslowakisch-bayerische Grenze kommenden Flüchtlinge aufzunehmen hatte. Zudem war die amerikanische Militärregierung für jenen Teil des besetzten Deutschlands zuständig und verantwortlich, der als unmittelbare Folgelast des Zweiten Weltkriegs den prozentual höchsten Anteil an Vertriebenen, Flüchtlingen und Displaced Persons aufwies. Mit ihrer Ablehnung eines generellen „preferential treatment“ entsprach sie damit allerdings nicht den Vorstellungen und Wünschen der tschechoslowakischen Flüchtlinge, die sich als Verbündete der westlichen Alliierten betrachteten und schon aus diesem Grunde gegen eine Gleichbehandlung mit den deutschen Vertriebenen protestierten und auf eine Separierung von anderen Nationalitäten sowie auf eine möglichst weitgehende Selbstverwaltung in den Lagern und baldige Emigration aus Deutschland drängten¹⁰¹.

¹⁰⁰ Hierzu in Vorbereitung Hoffmann, Roland J.: Die Emigration aus der Tschechoslowakei, 1948–1956. Teil 2: Politik und Programme. Darstellung und Dokumentation.

¹⁰¹ Vgl. den Bericht von Charles B. Rovin, Chief Ref & DP Sec., Pub Welf & DP Branch, an Land Director OMGB, 23. 3. 1948. BayHStA: OMGBY 15/102–1/30 und in diesem Zusammen-

Laut einem Bericht der Militärregierung waren nach dem Stand vom Juni 1948 von den über neun Millionen Einwohnern Bayerns ein Viertel nicht-bayerischer Herkunft. Das Hauptkontingent bildeten die Sudetendeutschen mit 1 038 000 Mio. sowie die Flüchtlinge und Vertriebenen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße mit 606 000 Personen. Aus Ungarn kamen 51 000 und aus „anderen Ländern“ insgesamt 170 000 Personen¹⁰². Diese Zahlen spiegelten eine enorme Bevölkerungszunahme wider, die jedoch nicht abgeschlossen war, sondern weiterhin andauerte. Die hauptsächliche Ursache hierfür lag darin, daß aus der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, aber auch gerade von der Grenze der Tschechoslowakei her ein Strom illegaler Immigranten zufließte.

Es gehört zur bitteren Ironie der Geschichte der aus dem Ersten Weltkrieg hervorgegangenen und auf den Ruinen des Zweiten Weltkrieges wiedererstandenen Tschechoslowakei, daß nach der kommunistischen Machtergreifung Tschechen und Sudetendeutsche – wenn auch nicht gemeinsam und aus denselben Gründen, – so doch in einem ähnlichen Schicksal vereint – zu Tausenden über die grüne Grenze nach Bayern, in das zerstörte und besetzte Deutschland flohen. Ihr unmittelbares Fluchtziel war somit jenes Land, dessen Herrschaft die einen als lebensbedrohendes Trauma gerade abgeschüttelt zu haben meinten und in das die anderen innerhalb nicht einmal eines knappen Jahrzehnts mitsamt ihrer Heimat zunächst „heimgekehrt“ und wie in einem zur entsetzlichen Wirklichkeit gewordenen Alptraum ohne ihre Heimat schließlich „abgeschoben“ worden waren: d. h. in jenen Teil Deutschlands also, der mit dem offenen Ausbruch des Kalten Krieges zum Einlaßtor, aber auch sehr bald zum Glacis des Westens werden sollte.

Im Dezember 1946 hatte die Militärregierung der US-Zone den von der Potsdamer Konferenz sanktionierten Bevölkerungstransfer aus der ČSR wegen der beschränkten Aufnahmekapazität aus „humanen“ Erwägungen bekanntlich gestoppt. Danach gelangten – von den sogenannten Antifa-Transporten abgesehen¹⁰³ – auf quasi legalem

hang auch die vom 9. Mai 1948 datierte Eingabe des Committee of the Czechoslovak Democratic Refugees Schwabach, BayHStA: OMGBY 9/124-3/20-21, sowie die Stellungnahme des Kreisbeauftragten für das Flüchtlingswesen im Landkreis Schwabach vom 24. 5. 1948, BayHStA: OMGBY 9/124-3/20-21.

¹⁰² Report on Refugees and Displaced Persons in Land Bavaria prepared by Office of Military Government for Bavaria for Visiting Delegates of the Empire Parliamentary Association. Das Begleitschreiben zu dem Bericht ist vom 21. 10. 1948 datiert. BayHStA: OMGBY 13/128-1/5.

¹⁰³ Vgl. hierzu Foitzik, Jan: Kadertransfer. Der organisierte Einsatz sudetendeutscher Kommunisten in der SBZ 1945/46. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 31 (1983) 308–334. – Kaplan, Karel: Poválečné Československo 1945–1948. Národy a hranice [Die Nachkriegstschechoslowakei 1945–1948. Völker und Grenzen]. München 1985, 155–158 sowie neuerdings Staněk, Tomáš: Odsun Němců z Československa 1945–1947 [Der Abschub der Deutschen aus der Tschechoslowakei 1945–1947]. Praha 1991, 140–155 und 274–289. – Wille, Manfred: Die „freiwillige Ausreise“ sudetendeutscher Antifaschisten in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands – erfüllte und enttäuschte Hoffnungen und Erwartungen. In: Die Sudetendeutschen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Ankunft, Aufnahme und erste Integrationsversuche. Hrsg. v. Manfred Wille. Magdeburg 1993, 28–61, und Schneider, Uwe: Bemerkungen zur Aussiedlung der sudetendeutschen Antifaschisten aus der ČSR und zu ihrer Aufnahme in Sachsen 1945 bis 1946. In: Die Sudetendeutschen in Nordböhmen. Situation nach 1918, Vertreibung in die Sowjetische Besatzungszone und Ankunft in Sachsen 1945/46. Hrsg. v. Manfred Jahn. Dresden 1993, 78–85.

Wege, und zwar im Rahmen der Familienzusammenführung, nur noch sehr wenige Sudetendeutsche nach Bayern. Um so stärker schwoll der Strom der illegalen Grenzgänger an.

Der Februarumsturz erwies sich, was kaum bekannt ist, von einschneidender Bedeutung auch insofern, als er unter den in ihrer Heimat verbliebenen Sudetendeutschen ebenfalls eine Fluchtwelle auslöste. Dies war nicht zuletzt eine Reaktion auf die mit dem „Odsun“ bezweckte Auslöschung der Kollektivexistenz der Sudetendeutschen in der angestammten Heimat und des damit verbundenen Identitäts- und Perspektivverlusts. Aus den Berichten der amerikanischen Besatzungsbehörden und der bayerischen Landesgrenzpolizei geht hervor, daß das neue Regime verstärkt Pressionen anwandte – so mit der Drohung der Zwangsumsiedlung ins tschechische Landesinnere oder gar der Zwangsarbeit in den St. Joachimsthaler Uran- sowie in Kohlebergwerken. Auf diese Weise sollten auch noch die letzten, in ihren ursprünglichen Wohnsitzen verbliebenen Sudetendeutschen assimiliert bzw. zum Verlassen des Landes gedrängt werden. Im Gegensatz zu den tschechischen und slowakischen Februarflüchtlingsen wurden ihrer Flucht keine größeren Hindernisse in den Weg gelegt. Dabei geschah es nicht selten, daß die tschechoslowakischen Grenzbehörden den illegal nach Bayern ausreisenden Sudetendeutschen sogar aktive Fluchthilfe leisteten¹⁰⁴. Während die tschechischen und slowakischen Flüchtlinge als bürgerliche Klassenfeinde und nationale „Verräter“ ihr Land freiwillig-unfreiwillig verlassen mußten, resultierte die unfreiwillig-freiwillige Migration der Sudetendeutschen aus der von der KPTsch systematisch fortgeführten Politik der Schaffung eines national homogenen tschechischen bzw. tschechoslowakischen Nationalstaates¹⁰⁵. So unterschiedlich beide migratorischen Prozesse hinsichtlich ihrer Ursachen waren, so verschiedenartig waren sie auch, was ihren Verlauf und die sozialen wie vor allem politischen Konsequenzen anbelangte, die sie für die Konstituierung der so ungleichen Emigrationen und Exile von Sudetendeutschen und Tschechen nach sich ziehen sollten.

Bevor die Aufnahme der tschechischen und slowakischen Flüchtlinge in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands weiterverfolgt werden soll, seien zunächst einige statistische Daten zum Verlauf der Fluchtbewegung sowie zur nationalen, sozialen und politischen Zusammensetzung der Flüchtlinge angeführt. Hatten in den Tagen unmittelbar nach dem Februarumsturz nur wenige Flüchtlinge die Grenze

¹⁰⁴ Vgl. etwa den Bericht des Oberfinanzpräsidiums München vom 4.3.1948. BayHStA: OMBG 10/89–3/1 sowie den Artikel „Der Flüchtlingsstrom reißt nicht ab. Gouverneur Wagoner fordert schärfere Bewachung der bayerisch-tschechischen Grenze“, in Münchner Merkur v. 5.7.1948; dazu auch die Aussagen der Abgeordneten Maria Probst und des Innenministers Willi Ankermüller in der 77. Sitzung des Bayerischen Landtags vom 2.7.1948, 1606–1609 und Bauer, Jaroslav J.: Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1950. Stuttgart 1982, 193f.

¹⁰⁵ Vgl. Staněk, Tomáš: *Německá národnostní skupina v Československu v letech 1947–1986 (stručný přehled problematiky)* [Die deutsche Volksgruppe in der Tschechoslowakei in den Jahren 1947–1986 (kurze Zusammenfassung der Problematik)]. Slezský sborník 88 (1992) 81–95; außerdem Kučera, Jaroslav: Die rechtliche und soziale Stellung der Deutschen in der Tschechoslowakei Ende der 40er Jahre und Anfang der 50er Jahre. In: Bohemia 33 (1992) 322–337.

illegal überschritten, so sollte sich dies sehr schnell ändern. In seinem Bericht vom 2. März an Land Director Van Wagoner schätzte Flüchtlingsoffizier Rovin die Zahl der seit dem Februarputsch nach Bayern entkommenen Tschechen und Slowaken auf fünfhundert bis tausend Personen¹⁰⁶. Von diesem Zeitpunkt an wurden etwa 70 Flüchtlinge pro Tag registriert, die von den deutschen und amerikanischen Behörden aufgegriffen wurden¹⁰⁷. Am 8. März bezifferten die zuständigen CIC "Regions" IV, V und VI, d.h. die Regionen Regensburg, Bamberg und München, die Zahl der Flüchtlinge auf insgesamt 517 Personen¹⁰⁸. Bis zum 15. März hatte das CIC 1080 illegale Grenzgänger „kontaktet“ und bis zu diesem Zeitpunkt dreißig "important border crossers" an das European Command Intelligence Center (ECIC) weitergeleitet¹⁰⁹.

Welche Schwierigkeiten die statistische Erfassung der Flüchtlinge, die die zuständigen Behörden nicht selten zu umgehen versuchten, in Wirklichkeit bereitete, belegt recht anschaulich der vom selben Tag datierte Bericht des Welfare Refugee Officers für den Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz. Danach waren etwa 800 "Czechoslovak Nationals" in Lagern untergebracht, und – so Flüchtlingsoffizier Rovin – "probably several hundred additional persons have entered and have either made their own living arrangements, passed on to other zones of Germany, or may be in CIC custody". Zu diesem Zeitpunkt schätzte Rovin den Zustrom auf etwa 100 Personen pro Tag¹¹⁰. Eine Woche später ging der amerikanische Flüchtlingskommissar für Bayern von einem weiterhin konstanten Zustrom von etwa hundert Personen pro Tag und einer Gesamtzahl von knapp über zweitausend Flüchtlingen in den Besatzungszonen der Westmächte aus. Davon lebten etwa tausend Personen innerhalb organisierter Lager in Bayern sowie zwei- bis dreihundert Personen außerhalb von Lagern. Dreihundert Personen waren in Lager nach Württemberg-Baden verlegt worden. Die Zahl von "Infiltrates" in Württemberg-Baden und Hessen betrug nach Rovins Bericht zu diesem Zeitpunkt hundert, in der britischen Zone zweihundert Personen. Im Hinblick auf die vom CIC zurückgehaltenen, d. h. offenbar hinsichtlich der „prominenten“

¹⁰⁶ Charles B. Rovin, Chief, Refugee Sec., Public Welfare Br., an Land Director OMGB: Influx of Refugees from Czechoslovakia, 2.3.1948. BayHStA: OMGBY 10/92-2/5.

¹⁰⁷ "V SECURITY. Czech Nationals Seek Refuge". Auszug eines undatierten, wohl Mitte März 1948 verfaßten Berichtes des OMGB, hier ohne Herkunftsbezeichnung. BayHStA: OMGBY 10/89-2/30. Vgl. in diesem Zusammenhang außerdem die von der Bayerischen Landesgrenzpolizei der Militärregierung vorgelegte und bis April 1948 reichende graphische Darstellung der zahlenmäßig in Marktredwitz, Furth i. W. und Passau sowie insgesamt erfaßten Fluchtvorgänge: Illegal Crossing of Border since Government Crisis in the CSR. BayHStA: OMGBY 10/89-2/30.

¹⁰⁸ OMGB Intelligence Division, Analysis Br., Mr. Wolbier an OMGUS, Office of Dir. of Intel. Col. Rodes: Refugees from Czechoslovakia 8.3.1948. BayHStA OMGBY 10/89-3/1.

¹⁰⁹ David G. Erskine Colonel Commanding. Headquarters 970th Counter Intelligence Corps Detachment European Command. Memorandum to Chief, Operations Branch: Czech Situation Spot Report, 15.3.1948. IFZ: POLAD 820-1.

¹¹⁰ Charles B. Rovin, Ref & DP Sec., Pub Welf & DP Branch, an Deputy Land Director, Mr. Bolls: Czechoslovak Refugee Situation to Date, 15.3.1948. BayHStA: OMGBY 15/102-1/30.

Flüchtlinge beließ es der Flüchtlingskommissar mit der Aussage "undetermined number"¹¹¹. Nach seiner Meldung vom 30. April hatten bis zum 26. des Monats zirka 3 500 "Czech Nationals" den Weg nach Bayern gefunden, wobei die durchschnittliche Zahl der Flüchtlinge von hundert auf fünfzig bis sechzig Personen pro Tag gefallen war¹¹².

Außerordentlich krasse Unterschiede in den Zahlenangaben finden sich in den einschlägigen britischen Unterlagen. In einem Telegramm des britischen Botschafters in Washington an das Foreign Office vom 21. 4. 1948 ist unter Bezugnahme auf das State Department zu diesem Zeitpunkt von 7 000 Flüchtlingen in der US-Zone die Rede und von zweihundert Personen, die pro Tag aus der ČSR entkamen¹¹³. In einem nicht sonderlich gut informierten Bericht des britischen Botschafters Dixon in Prag an das Foreign Office vom 23. April heißt es: "Estimates of the numbers involved vary from 3 000 upwards and I have been informed that the American authorities have screened no less than 2 800 former members of the Czechoslovak air force, both officers and men."¹¹⁴ Eine Delegation von Abgeordneten des Unterhauses, die am 17. Juni 1948 im Foreign Office wegen der Situation der Februarflüchtlinge vorstellig wurde, erhielt die Auskunft, daß sich von diesen in der britischen Besatzungszone Deutschlands bis dahin etwa dreihundert und in der US-Zone ungefähr zehntausend Personen eingefunden hatten¹¹⁵.

Die Zahlen des CIC Headquarters Frankfurt fielen niedriger aus als die der Militärregierung für Bayern. Sie waren aber, wie aus den Unterlagen hervorgeht, offenkundig die präziseren¹¹⁶. In der Statistik des CIC wurden die "Czechs" bzw. "Czechoslovak Nationals" sowohl gemeinsam in einer Rubrik mit den "Sudetens" bzw. "Sudeten Germans" oder auch "Sudeten Nationals" aufgeführt als auch getrennt von ihnen. Vom Stichtag des 23. Februar hatten demzufolge bis zum 10. Mai 1948 3 627 Tschechen und 2 256 Sudetendeutsche die grüne Grenze überschritten¹¹⁷. In einem Bericht der Militärregierung für Bayern vom selben Tag wird hingegen von 4 000 bis 4 500 "Czechoslovak Nationals" ausgegangen. Während hinsichtlich der Tschechen und Slowaken konstatiert wurde, daß die Zahl der nach Bayern entkommenden Flüchtlinge leicht abnehme und pro Tag im Schnitt etwa sechzig Personen betrage, wurde im Blick auf die illegalen Grenzübertritte der Sudetendeutschen ein starkes

¹¹¹ Charles B. Rovin, Chief Ref & DP Sec., Pub Welf & DP Branch, an Director Civ Admin Division Influx of Czechoslovak Nationals, 23. 3. 1948. BayHStA: OMGBY, 15/102-1/30.

¹¹² Rovin, Pub Welf & DP Branch OMGB, an OMGUS, Civ Admin Division, 30. 4. 1948. BayHStA: OMGBY 15/102-1/30.

¹¹³ From Washington to F.O., No. 1951, 21. 4. 1949 (unter Bezugnahme auf F.O. Tel. No. 1931 an Brit. Militärmission in Berlin "Czech Refugees" vom 21. 4. 1948). PRO: F.O. 371/72091 A.

¹¹⁴ From Prague to Foreign Office, Mr. Dixon, No. 37, 23. 4. 1948. PRO: FO/371/72090.

¹¹⁵ F. B. A. Rundall, 17. 6. 1948, Czech Refugees. PRO: FO/72091 A.

¹¹⁶ Vgl. die Ausführungen von Paul E. Moeller, Acting Chief Research Br., an Paul Barnett Acting Chief Analysis Br., 3. 5. 1948. BayHStA: OMGBY 10/89-3/1.

¹¹⁷ E. Kenneth Kiefer: Sudeten and Czech Nationals Entering Bavaria. Source: 970 CIC Headquarters Frankfurt. BayHStA: OMGBY 10/89-3/1.

Anwachsen auf zirka tausend Flüchtlinge pro Woche, d.h. auf täglich von über 140 Personen registriert¹¹⁸. Aus dem Bericht des Regierungsbeauftragten für das Flüchtlingswesen im Regierungsbezirk Ober- und Mittelfranken an die amerikanische Militärregierung vom 26.5.1948 ergibt sich für diesen – für die Fluchtbewegung aus der Tschechoslowakei wichtigsten – Abschnitt folgende Aufschlüsselung: Danach hielten sich zu diesem Zeitpunkt in der für die sogenannten „Nationaltschechen“ eingerichteten Auffangstelle Schwabach/Lager Vogelherd II insgesamt 981 Personen auf und im Grenzlager Hof-Moschendorf 76 Personen. In dem für die „Illegalen Sudetendeutschen“ bestimmten Bayreuther Lager Festspielhügel befanden sich zur selben Zeit 463 und im Grenzlager Furth im Wald 2260 Personen¹¹⁹.

Am 1. August 1948, zu einem Zeitpunkt also, als die Unterbringung und Versorgung der tschechoslowakischen Februar-Flüchtlinge weitgehend in die Hände der International Refugee Organisation überging, war nach Angaben der Militärregierung für Bayern die Zahl der tschechischen und slowakischen Personen, die in das Land geflohen waren, auf 5600 angewachsen¹²⁰. Um überblickshalber für das Jahr 1948 vorausgreifend noch eine letzte Zahl anzugeben, sei hier auf den im Januar 1949 erstellten Bericht über „Some Aspects of the Refugee Situation in Bavaria“ verwiesen. Im Hinblick auf die hohe Belastung, welche die illegalen Grenzgänger für das Land darstellten, wurde dort ausgeführt: „A peak was reached in 1948 when 26,368 Czechs and Sudeten Germans fled the Communist putsch to seek refuge in Bavaria.“¹²¹ Das Zahlenverhältnis zwischen Tschechen bzw. Tschechoslowaken und Sudetendeutschen wurde in dem Bericht nicht angegeben, nur die Gesamtsumme.

Die sudetendeutschen Flüchtlinge – wie die Sudetendeutschen in der Vertreibung insgesamt – strebten bei allem erklärten oder latentem Rückkehrwillen eine möglichst zügige soziale, wirtschaftliche und politische Integration in die allgemeinen Verhältnisse Nachkriegsdeutschlands an¹²². Dieses Bedürfnis nach Eingliederung entsprach

¹¹⁸ William R. Gosser A/Chief, Public Welfare & DP Br., an Land Director OMGB, 10.5.1948. BayHStA: OMGBY 15/102–1/30.

¹¹⁹ Heinrich Stephan, Regierungsbeauftragter für das Flüchtlingswesen im Regierungsbezirk Ober- und Mittelfranken, an die Militärregierung für RB Ober- und Mittelfranken, Civil Administration Field Team, 26.5.1948. BayHStA: OMGBY 9/124–3/20–21.

¹²⁰ Albert C. Schweizer, Director Civil Administration Div. an Director Office of Military Government Hesse, 9.8.1990. BayHStA: OMGBY 13/128–1/5.

¹²¹ Donald T. Shea, Director Intelligence Division OMGB, Special Weekly Intelligence Report Nr. 36, 1949. BayHStA: OMGBY 13/134–3/3.

¹²² Eine eigenständige und quellenkritisch fundierte Geschichte der Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg liegt bislang nicht vor. An Einzeldarstellungen zu der Frage der sozialen und politischen Integration im Hinblick auf Bayern vgl. Habel, Fritz Peter: Historische, politische und soziale Voraussetzungen des Zusammentreffens zwischen Bayern und Sudetendeutschen nach 1945 (Ein Beitrag zum Strukturwandel Bayerns). München 1968. – Bauer, Franz J.: Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1950. Stuttgart 1982. – Prinz, Friedrich (Hrsg.): Integration und Neubeginn: Dokumentation über die Leistung des Freistaates Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Bd. 1: Texte und Anmerkungen. Bd. 2: Dokumente. München 1984 sowie Glettler, Monika (Hrsg.): Landtagsreden zur bayerischen Vertriebenenpolitik, 1946–1950. München-Benediktbeuern 1993.

freilich nicht allein dem Gebot und der Not des Augenblicks. Integration und Assimilation der Sudetendeutschen im Hinblick auf die Verhältnisse Nachkriegsdeutschlands waren vor allem auch das strategische Ziel der von der tschechoslowakischen Regierung sowohl der alten als auch „wiedergeborenen“ Nationalen Front verfolgten und hartnäckig verteidigten ethnischen *Očista*-Politik des *Odsuns*. Die völlige Verschmelzung der Sudetendeutschen mit ihrer neuen Heimat und damit die Auslöschung ihrer spezifischen Kollektivexistenz entsprach aber – von der tschechoslowakischen Diplomatie in dieser Beziehung nachdrücklich gedrängt – auch den Intentionen der USA als einer für den „Transfer“ verantwortlichen Signatarmächte des Potsdamer Abkommens¹²³. Für praktisch alle tschechischen und slowakischen Flüchtlinge hingegen besaß die möglichst zügige Emigration aus Deutschland nach den Vereinigten Staaten, Kanada, Großbritannien und in andere Länder des Westens unter den gegebenen Umständen oberste Priorität.

Da einer umgehenden und reibungslosen Emigration zahlenmäßig größerer Gruppen in diese Länder jedoch beträchtliche Hindernisse entgegenstanden, mußten sich nicht nur die tschechoslowakischen Flüchtlinge, sondern vor allem auch die für sie zuständigen und verantwortlichen amerikanischen und deutschen Stellen auf eine längere Verweildauer einrichten. Eine der ersten Maßnahmen, zu welcher sich die amerikanischen und deutschen Behörden genötigt sahen, um das von Flüchtlingen, Vertriebenen und Displaced Persons bereits stark in Anspruch genommene Bayern zu entlasten, bestand darin, die „Czechoslovak nationals“ – so wie die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge auch – einem bestimmten Schlüssel entsprechend auf die verschiedenen Länder der US-Zone zu verteilen. Am 12. März wurde die Militärregierung für Bayern bei OMGUS mit der Bitte vorstellig, daß die anderen Länder der US-Zone 50% der „Czechoslovak nationals“ übernehmen sollten¹²⁴. Nachdem in Bayern in Hof-Moschendorf, Schwabach und Regensburg drei Auffanglager für die tschechischen und slowakischen Flüchtlinge eingerichtet worden waren, nahm am 15. März Württemberg-Baden im Lager Wasseralfingen „freiwillig“¹²⁵ einen ersten Transport von 312 Personen aus dem Lager Goethe-Schule in Regensburg auf¹²⁶. Die Situation in Württemberg-Baden war insofern von besonderer Pikanterie, als dessen Staatskommissar für das Flüchtlingswesen, Willi Bettinger, ein im Lande bekannter und politisch aktiver Kommunist war. Die amerikanische Militärregierung zögerte deshalb schon aus psychologisch-propagandistischen und vor allem aus Sicherheits-

¹²³ Vgl. dazu den Bericht von Legationssekretär Bruins an den Secretary of State vom 19. 12. 1947 mit den beigefügten Materialien in FRUS 1947, Bd. 4, 253f. sowie neuerdings Grosser, Thomas: Das Assimilationskonzept der amerikanischen Flüchtlingspolitik in der US-Zone nach 1945. In: Thomas und Christiane Grosser/Rita Müller/Sylvia Schraut: Flüchtlingsfrage – Das Zeitproblem. Mannheim 1993, 11–54.

¹²⁴ Charles B. Rovin, Ref & DP Sec., Pub Welf & DP Branch, an Deputy Land Director, Mr. Bolts, 15. 3. 1948. BayHStA: 15/102–1/30 und Van Wagoner, OMGB, Message: Influx of Czechoslovak Nationals and Transfer of Persons Inelligible, 12. 3. 1948. BayHStA: OMGBY 15/102–1/30.

¹²⁵ Ebenda.

¹²⁶ Charles A. Palette, OMGBW Aalen, Special Report: Arrival of Czechoslovakian Persecutees in Aalen, 16. 3. 1948. HStAST: OMGBW 12/226–3/1.

gründen nicht, die württembergisch-badische Regierung umgehend auf die Abberufung des kommunistischen Flüchtlingskommissars zu drängen¹²⁷. Auch Hessen, das sich mit Verweis auf seine eigene hohe Belastung durch Flüchtlinge zunächst sträubte¹²⁸, übernahm auf verbale Anweisung der amerikanischen Militärregierung ebenso ein erstes Kontingent von 300 Personen, die, gleichfalls aus Regensburg kommend, am 26. 3. 1948 im Lager Dieburg Aufnahme fanden¹²⁹.

Exkurs zur Soziologie der Februar-Emigration

Dem empirischen Faktensinn der amerikanischen Besatzungsbehörden ist es zu verdanken, daß die soziale und auch politische Zusammensetzung der tschechischen und slowakischen Februar-Emigration – d. h., soweit sie das Durchgangsstadium in der deutschen US-Zone durchlief – ausgesprochen gut dokumentiert ist¹³⁰. Noch bevor die detaillierten Befragungsergebnisse des CIC vorlagen, war die Militärregierung für Bayern hinsichtlich der vom 2. bis 9. März erfaßten Flüchtlinge aufgrund eigener Beobachtungen sowie der Erkenntnisse der bayerischen Landesgrenzpolizei und der deutschen Zollorgane zu dem Schluß gekommen, "that most of the crossers are former government officials, professional persons, or owners of stores and factories."¹³¹ Fiel die Einschätzung dieser ersten Welle der Fluchtbewegung verständlicherweise nur allzu pauschal aus, so änderte sich dies sehr schnell mit der festeren Etablierung der Lager. Zwei vom 10. und 13. April datierte Listen des Lagers Burg im hessischen Dillkreis, welche die beruflichen Angaben von 232 bzw. 152 Personen enthielten, lassen ein soziales Profil erkennen, demzufolge die Gruppe der „Werk tätigen“ – um die kommunistische Terminologie anzuwenden – bei weitem das Gros der Flüchtlinge stellte¹³². Über 80% der Personen, die im April 1948 im Lager Burg eine provisorische Bleibe fanden, waren Arbeiter (zwölf Flüchtlinge gaben dies als ihre Berufsbezeichnung an), Facharbeiter, d. h. Automechaniker, Vulkaniseure, Mechaniker,

¹²⁷ Peter Vacca, Dir. Intel. Div., an Dir. OMGWB: Czechoslovakian Refugees, 16. 3. 1948 und Morris O. Edwards, OMGWB Stuttgart, an Commanding General OMGUS Berlin, 26. 3. 1948. HStASt: OMGWB 12/226-3/1.

¹²⁸ Vgl. den Bericht Rovins vom 15. 3. 1948 an den Deputy Land Director. BayHStA: OMGBY 15/102-1/30.

¹²⁹ Peter Paul nahm vom hessischen Landesamt für Flüchtlinge an den Länderrat Stuttgart – Ausschuß für Flüchtlingswesen – z. Hd. Landrat Middellmann, 24. 3. 1948. HHStA: Abt. 503, Nr. 104; dazu zusammenfassend außerdem der "Six months' Report of Refugee & Expellee Resettlement Section. Public Welfare, OMGH, Period 1 January – 20 June 1948". OMGH. Civil Administration Division, Public Welfare & DP Branch, 30. 11. 1948. HHStA: OMGH 8/68-3/3. Nach diesem Halbjahresbericht der amerikanischen Militärregierung hielten sich Mitte Juni 1948 1300 Tschechen bzw. Tschechoslowaken in hessischen Flüchtlingslagern auf.

¹³⁰ Für die Auswertung der von der IRO gesammelten statistischen Daten vgl. Hoffmann: Die Emigration aus der Tschechoslowakei, Teil 1, 137 ff.

¹³¹ V SECURITY. Czech Nationals Seek Refuge. BayHStA: OMGBY 10/89-2/30.

¹³² Liaison and Security Office LK Dill, an Director OMGH, 10. 4. und 13. 4. 1948. HHStA: OMGH 8/69-1/6.

Weber und Sägemeister. Oder sie waren Handwerker, unter ihnen Schlosser, Maler, Schuster und Fleischer. Darüber hinaus waren neben den Angestellten auch Beamte ziemlich stark vertreten, unter ihnen bezeichnenderweise auffällig viele „Finanzer“, d. h. Zollbeamte, denen schon aus beruflichen Gründen einem Fluchtvorhaben vergleichsweise wenig Hindernisse im Wege standen. Wenn auf der Liste der Lagerbewohner nur ganz wenige veritable „Kapitalisten“, d. h. ein einziger Fabrikant sowie ein Fabrikdirektor, erscheinen, so lag dies nicht nur daran, daß es sich hierbei um Personen handelte, die als Nicht-Prominente in die Low-Level-Category eingestuft worden waren. Einem nicht unbeträchtlichen Teil der Flüchtlinge gelang es nämlich, außerhalb der Lager, d. h. in eigener Regie, unterzukommen¹³³. Dies traf ohne Zweifel gerade für jene vermögenden Emigranten zu, die, was nicht selten geschah und überdies zu erheblichen Problemen mit den deutschen Zoll- und Finanzbehörden wie Lagerleitungen führte, größere Geldbeträge außer Landes zu bringen vermochten, und die zudem über entsprechende Verbindungen verfügten. Dieser Sachverhalt geht sehr anschaulich aus einem Urteil hervor, das der Chef der Intelligence Division der Militärregierung für Hessen in einem Bericht vom 29. April 1948 fällt. Sein Urteil läßt erkennen, wie vage nur die außerhalb der Lager fluktuierenden Personengruppen zu erfassen waren: „Of those CZECHS remaining outside the camp little is known other than that the majority of them apparently have German or SUDETEN German connections and have made necessary living arrangements through them. Possibly wealthier people, international businessmen, and influential politicians who do not want to make there whereabouts known at this time make up the majority of this group.“¹³⁴

Im selben Bericht wurde außerdem der Versuch unternommen, die am 26. 3. 1948 im Lager Dieburg eingetroffenen Flüchtlinge – es handelte sich um 298 Personen, d. h. 247 Männer, 42 Frauen und 9 Kinder – einer „cross-section of classes“ zu unterziehen. Dabei ergab sich nach der vom tschechischen Sprecher der Flüchtlinge auf der Grundlage deren Selbstaussage vorgenommenen Zusammenstellung folgendes Bild: Aufgelistet wurde zunächst eine Gruppe von fünfzehn Männern, die nach eigener Aussage während des Zweiten Weltkrieges in der britischen Armee gedient hatten, wobei im Bericht offengelassen wurde, ob es sich um Berufssoldaten handelte; auch deren eventuelle berufliche Qualifizierung wurde im einzelnen nicht aufgeschlüsselt. Unter dem Gesichtspunkt gewissermaßen gehobener Qualifikation wurden neben zwanzig Studenten ein Arzt, zwei Priester und – ohne Benennung ihres Ranges – zwei Polizisten aufgeführt. Dazu findet sich die in diesem Zusammenhang recht aufschlußreiche Feststellung, daß Ladislav Syrový, der Bruder von General Jan Syrový (dem Chef des Generalstabs der Ersten Republik), der „most »important« refugee“ sei. „The rest of the Dieburg camp population“, so der Bericht, „fell into an ordinary cross-section of humanity-teachers, small businessmen, tradesmen, clerks and laborers.“

Was die Aktenbestände der amerikanischen Militärregierung angeht, bieten die für den Zeitraum von Ende April bis Mitte September 1948 vorliegenden „Periodic

¹³³ Zugrunde gelegt ist hierbei die Liste vom 13. 4. 1948, in der die im Lager Burg tatsächlich eingelangten Flüchtlinge verzeichnet sind.

¹³⁴ OMGH, Office of Intelligence, an Public Welfare Advisor to the Director, OMGH, 29. 4. 1948. HHStA: OMGH 8/69–1/6.

Reports", d. h. die wöchentlichen Befragungsergebnisse des CIC für die beiden Auffanglager Moschendorf und Regensburg, den besten Einblick in die soziale, aber auch in die politische bzw. parteipolitische Zusammensetzung der tschechischen und slowakischen Februar-Emigration in ihrer Frühphase¹³⁵. Es soll hier nicht versucht werden, aus all den Einzeldaten, die zum Teil mit zwei Stellen hinter dem Komma präzisiert sind, exakte Durchschnittswerte zu berechnen, um aus diesen entsprechend exakte Aussagen abzuleiten.

Die amerikanischen Dienststellen erstellten ihre Statistiken im Blick auf drei Fragenkomplexe: auf die der beruflichen Struktur, der Fluchtgründe und der Parteizugehörigkeit der Flüchtlinge. Da die statistischen Daten nur ein kleines Segment der Emigration erfassen, kann ihnen selbstverständlich nur eine stichprobenartige Bedeutung zukommen. Sie werden hier daher auch keineswegs mit dem Anspruch herangezogen, generelle und abschließende Aussagen zu ermöglichen. Sie sollen vielmehr dazu dienen, auf einer einigermaßen gesicherten Grundlage einige Umrisslinien zu ziehen, um die soziale und politische Struktur der tschechischen und slowakischen Emigration in den Lagern der deutschen US-Zone andeutungsweise zu skizzieren.

Sosehr die statistischen Angaben innerhalb des knapp fünfmonatigen Untersuchungszeitraums auch schwanken, so läßt das vom CIC zugrundegelegte und nach amerikanischem Verständnis definierte Berufsschema jedoch für beide Lager ein ziemlich gleichbleibendes soziales Profil erkennen. Wenn es jenem, wie es die Lagerlisten von Burg und Dieburg bieten, weitgehend entspricht, so schon deshalb, da es sich hierbei, wenn auch in jeweils anderer Zusammensetzung, mehr oder weniger um dieselbe Personengruppe handelt.

Von den insgesamt zwölf nach amerikanischem Verständnis definierten Berufsgruppen waren am schwächsten repräsentiert die government officials (am ehesten wohl mit höheren Regierungsbeamten bzw. Regierungsvertretern zu übersetzen), die Inhaber und Betreiber (operators) von großen Unternehmungen sowie die leitenden Angestellten (business executives). Auf sie entfielen im Schnitt jeweils etwa ein bis zwei Prozent¹³⁶. Knapp 5% stellten die kleine Geschäftsleute und Ladeninhaber, zirka 4%

¹³⁵ Die "Periodic Reports" des in Bamberg stationierten CIC Detachments Region VI und des in Regensburg operierenden CIC Detachments Region V sind in den auf Mikrofiches dokumentierten Akten der amerikanischen Militärregierung nicht komplett enthalten. Für den recht chaotischen Zustand dieser Bestände ist es kennzeichnend, daß die Periodic Reports sowohl für Moschendorf als auch für Regensburg unter mehreren Signaturen verstreut sind. Vgl. BayHStA OMBY: 10/84-1/62, 10/89-2/30, 10/89-3/1 und 15/102-1/30.

¹³⁶ Zugrunde gelegt sind fünfzehn Periodic Reports für das Auffanglager Moschendorf in dem Berichtszeitraum vom 27. 4. bis 30. 8. sowie zehn Periodic Reports für das Auffanglager Regensburg für die Zeit vom 22. 6. bis zum 16. 9. 1948. Das Interview-Schema für den beruflichen Hintergrund der Flüchtlinge ist zwar weitgehend identisch, unterscheidet sich ansonsten aber beträchtlich. Was die statistischen Daten über die berufliche Qualifikation der Flüchtlinge anbelangt, so differieren diese bei beiden Reports in einem Größenbereich von etwa 0,5 bis 3,5%. Die einzige Ausnahme bilden dabei die Rubriken der "skilled workers" und der "laborers", bei denen sich eine Abweichung von zirka 15% ergibt. Da der Prozentsatz von Facharbeitern und Arbeitern bei beiden Lagern in der Addition nahezu identisch ist, liegt die Vermutung nahe, daß sich diese Differenz aus einer unterschiedlichen Einstufung in beide Kategorien ergibt.

die freien Berufe (professional men) ebenso wie die Beamten (government employees).

Auffallend schwach repräsentiert waren die Bauern, die Landwirte, die ebenfalls etwa 4% der Flüchtlinge ausmachten. Um so größer war dafür der Anteil der Facharbeiter und Arbeiter mit jeweils insgesamt an die 28 bzw. 27%, wobei die Handwerker dem amerikanischen Verständnis entsprechend nicht als eigene Berufsgruppe aufgeführt, sondern vermutlich unter die Rubrik der "skilled workers" subsumiert wurden. Vergleichsweise stark vertreten, mit etwa 9%, waren außerdem die Studenten. Sie hatten als einzige gesellschaftliche Gruppierung gegen die kommunistische Machtergreifung, wenn auch nicht geschlossen, so doch einigermaßen beherzt, Widerstand zu leisten versucht und waren angesichts der „Säuberungs“-Maßnahmen des Regimes für Flucht und Emigration in besonderer Weise disponiert.

Zusammenfassend ist zu resümieren, daß zirka 75 bis 80% der von Ende April bis Mitte September 1948 in den Auffanglagern Moschendorf und Regensburg befragten Flüchtlinge aus dem „werkstätigen Volk“ kamen, um noch einmal die kommunistische Terminologie zu bemühen¹³⁷. Ungefähr 4% stellten schließlich die in dem Berufsschema ebenfalls erfaßten Hausfrauen. Dies war ein Beleg vor allem auch dafür, daß ganze Familien, ob gemeinsam oder getrennt, den beschwerlichen und gefährlichen Weg in die Emigration auf sich nahmen.

Aus dem im großen und ganzen einheitlichen und gleichbleibenden Interviewschema, in dem nach den Gründen für die Flucht gefragt wurde, ergibt sich ein Bild, in dem sich die sozialen und politischen Motive sowohl in ihren Grundzügen als auch in ihrer Verflechtung deutlich manifestieren. Im Schnitt der für das Auffanglager Moschendorf vorliegenden Daten gaben knapp 17% der Befragten an, sich zur Flucht entschlossen zu haben, weil sie wegen ihrer Weigerung, der KPTsch beizutreten, ihre berufliche Stellung verloren hatten. Um die 30% der befragten Personen hatten sich zur Flucht entschieden, aus Angst, verhaftet zu werden. Die meisten von ihnen, d. h. etwa 17%, beriefen sich auf politische Verfolgung. Darüber hinaus gaben als Grund jeweils um 5% an, geflohen zu sein, weil sie es abgelehnt hätten, einer kommunistischen Frontorganisation beizutreten ("Refusal to join a Communist front organization"), wegen des von den offiziellen Stellen gehegten Verdachts illegaler Aktivität oder weil sie bei den Parlamentswahlen vom 30. Mai als Protest gegen das kommunistische Regime einen weißen Stimmzettel abgegeben hätten. Nur verhältnismäßig wenig Personen – es handelte sich um zirka 5% – erklärten, sich wegen der Verstaatlichung ihres "private business enterprise" zur Flucht entschieden zu haben. Über ein Drittel (der hier errechnete Schnitt liegt bei knapp 34%), d. h. die meisten der in

¹³⁷ Sowohl für eine politische als auch soziale und sozialgeschichtliche Analyse des Februarputsches und seiner Folgen scheint in diesem Zusammenhang nicht ohne Belang, daß mehr als die Hälfte aller Personen, die im Jahre 1948 in der Tschechoslowakischen Republik wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verurteilt wurden, einfache Handarbeiter ("simples travailleurs manuels") waren. Vgl. Healey, Denis: *Le rideau tombe. Histoire des socialistes en Europe orientale*. Paris 1952, 43; vgl. dort (112f.) auch die Interpretation des nach Großbritannien emigrierten Václav Majer, der sich als einziger sozialdemokratischer Minister in der Frage der Demission dem Vorgehen der Nationalsozialen, der Volkspartei und der slowakischen Demokratischen Partei angeschlossen hatte.

Moschendorf interviewten Flüchtlinge, führten dem Befragungsschema zufolge ganz allgemein "dislike of present government" als Grund für ihre Emigration an.

Im Unterschied zu Regensburg wurden die in Moschendorf aufgenommenen Flüchtlinge auch durchgängig nach ihrer Parteizugehörigkeit befragt. Sie bekannten sich dabei mit Abstand am meisten zur Partei der nationalen Sozialisten – im Schnitt etwa 23% –, gefolgt von der Sozialdemokratie mit zirka 5,5%, der Volkspartei mit knapp 4%, der KPTsch mit ungefähr 3,5% und der slowakischen Demokratischen Partei mit knapp 3,2%¹³⁸.

¹³⁸ Diese statistischen Angaben sind wie alle Aussagen der Statistik selbstverständlich nur mit großer Vorsicht zu bewerten. Von nicht geringem Interesse ist in diesem Zusammenhang, über welche – und zum Teil durchaus übereinstimmende – Daten die kommunistische Regierung der Tschechoslowakei über den Strom der Flüchtlinge und Emigranten aus der „Volksdemokratie“ des „siegreichen Februar“ verfügte. Vgl. dazu Kaplan, Karel: *Nekrvavá revoluce* [Die unblutige Revolution]. Praha 1993, 189.